Posener Tageblatt

Bezugspreis: Ab 1. 4. 1932 **Postbezug** (Polen und Danzig) 4.89 zł. Posen Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4.50 zł, durch Boten 4.90 zł. **Provinz** in den Ausgabestellen 4.50 zł. durch Boten 4.80 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig 8.— zł. **Deutschland und übrig. Ausland** 2.50 Rm. **Einzelnummer** 0.25 zł. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für **Anzeigenaufträge: „Kosmos"** Sp. z o. o., **Poznań, Zwierzyniecka 6** Fernsprecher: 6275, 6105. — **Postscheck-Konto in Polen: Poznań** Nr. 207915, in Deutschland: **Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o. Poznań).** Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

71. Jahrgang — Freitag, 8. April 1932 — Nr. 80.

Haussuchung beim Landbund Weichselgau in Dirschau

Beschlagnahmte Portobücher

Der Landbund Weichselgau hatte, wie das „Pommereller Tageblatt" in Dirschau meldet, in den letzten Monaten unter seinen Mitgliedern eine freiwillige Sammlung für die in den Kreisen Karthaus und Berent wohnenden Mitglieder veranstaltet, die durch die Auswinterung des Roggens im letzten Jahre und durch die späte Frühjahrsbestellung in große Not geraten waren. Trotzdem die Landwirtschaft bei der heutigen Wirtschaftslage auch in anderen Gegenden mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, war das Ergebnis dieser Sammlung durchaus günstig.

In den letzten Tagen erfolgte die Verteilung unter die notleidenden Mitglieder, die, wie wir erfahren, von der Hauptgeschäftsstelle in Dirschau einzeln schriftlich benachrichtigt wurden. Da einige Briefe nicht angekommen waren und sich bei der Verteilung der Naturalien Schwierigkeiten ergaben, wurde ein Teil der Benachrichtigungen noch einmal ausgesandt, und zwar diesmal an einzelne Ortsgruppen zur Weiterverteilung an die in Frage kommenden Mitglieder. In dieser Verteilung der Briefe erblickte die Postdirektion in Bromberg einen Verstoß gegen das Postgesetz vom 21. 1. 1931 und veranlaßte die Haussuchung bei der Hauptgeschäftsstelle des Landbundes in Dirschau, die gestern nachmittag mit einem großen Aufgebot von Polizeikräften durchgeführt wurde. Die Durchsuchung der Räume zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Mitgenommen wurde das Portobuch und einige wenige Schreiben. Herr Diplomlandwirt Erwin Wichmann, der zweite Direktor des Landbundes, wurde festgenommen und ist bisher noch nicht freigelassen worden. Seine Freilassung dürfte allerdings wohl noch im Laufe des heutigen Tages zu erwarten sein.

Gleichzeitig fand auch in den Räumen des Kreiswirtschaftsverbandes „Lakwa" eine Haussuchung statt. Auch hier wurde nur das Portobuch beschlagnahmt.

Schultragödie Dirschau ohne Ende

Wieder eine Enttäuschung für die deutschen Eltern

Nachdem die Kinder des deutschen Progymnasiums in Dirschau neun Monate ohne Unterricht geblieben sind, hatte sich ein Teil der Elternschaft entschlossen, ihre Kinder vorläufig in die deutsche Schule nach Stargard zu schicken. Alle Versuche, eine Ermäßigung des Fahrpreises von 32,80 Zloty für die Monatskarte zu erreichen, sind fehlgeschlagen. Schweren Herzens hat sich die Elternschaft entschlossen, auch diese hohe Summe zu bezahlen, nur damit die Kinder endlich in den Genuß des Schulunterrichts gelangen. Nachdem alle Vorbereitungen getroffen und die Monatskarten bereits gekauft waren, verlangte der Kreisschulinspektor in Stargard am letzten Ferientage für die Einschulung der schulpflichtigen Kinder in die Stargarder Schule eine Genehmigung des Thorner Schulkuratoriums. Es wurde sofort eine Eingabe an das Kuratorium in Thorn persönlich überreicht. Leider hat das Kuratorium es nicht für notwendig gehalten, sofort eine Entscheidung zu treffen, sondern hat die Eingabe in Empfang genommen und sich die Entscheidung vorbehalten. Es ist leicht erklärlich, daß unter diesen Umständen unter der Elternschaft erneut Erregung Platz gegriffen hat. Soll etwa wieder ein Jahr auf die Entscheidung des Kuratoriums gewartet werden? Weshalb entscheidet man nicht jetzt den Antrag auf Genehmigung der Volksschule, nachdem das Ministerium die Konzession für das Gymnasium endgültig abgelehnt hat?

Der Wahlkampf in Frankreich

Paris, 7. April. In Frankreich ist eine Rede des französischen Ministerpräsidenten Tardieu, durch die sozusagen der Wahlkampf offiziell eröffnet wurde, von den Blättern ziemlich kühl aufgenommen worden. Die Rede wird in Pariser politischen Kreisen meist dahin ausgelegt, daß Tardieu versuchen will, die bis jetzt in der Opposition befindliche große linksbürgerliche Partei der Sozialradikalen für sich zu gewinnen. Ein Blatt, das auf dem rechten Flügel dieser linksbürgerlichen Partei steht, schreibt, daß Tardieu das Fehlen der Sozialradikalen in der Regierungsmehrheit bedauere. Aber er selbst habe alles getan, um diese Partei von der Mehrheit auszuschließen. Tardieu werde sich täuschen, wenn er meine, daß er die Sozialradikalen für sich gewinnen könnte.

Die Viermächtekonferenz

Wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, ist die Eröffnungssitzung der Viermächtekonferenz über den Tardieuschen Donauplan am gestrigen Mittwoch abgehalten worden. Als der deutsche Delegierte, Unterstaatssekretär v. Bülow, und der italienische Außenminister Grandi angekommen waren, machten sie sofort dem englischen Ministerpräsidenten einen Höflichkeitsbesuch. Um 1 Uhr fand dann ein Frühstück statt. Von hier aus begaben sich die Delegierten mit dem englischen Ministerpräsidenten Mac Donald zu Fuß in das Auswärtige Amt, in dem dann gleich die Besprechung begann. Die Eröffnungsrede hielt der englische Ministerpräsident.

*

Ueber die näheren Umstände verbreitet das amtliche Wolff-Büro in Berlin eine Mitteilung, der wir folgendes entnehmen:

Es ist anzunehmen, daß gleich zu Beginn der Verhandlungen der Vier-Mächte-Konferenz den deutschen und italienischen Konferenzteilnehmern das Protokoll über die französisch-britischen Besprechungen zur Einsicht vorgelegt werden wird. Andeutungen gut unterrichteter britischer Kreise lassen einige Schlüsse auf den Tenor der französisch-britischen Besprechungen zu. Groß-Britannien, so wird betont, hat bereits soviel Geld, vorläufig ohne Aussicht auf Zurückerstattung, in Oesterreich und Ungarn angelegt, daß die

Gewährung neuer Anleihen als höchst zweifelhaft

angesehen werden muß. Frankreich komme als einziger Geldgeber in Betracht.

Auf britischer Seite ist man nicht geneigt, irgendeinem Plan für die Rehabilitierung der Donau-Länder zuzustimmen, der ohne aktive Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien zustande kommen würde.

In britischen Kreisen scheint man sich noch nicht völlig klar darüber zu sein, daß die Aufgabe der Meistbegünstigung von seiten Englands ein weit geringeres Zugeständnis bedeuten würde, als von seiten Deutschlands, dessen Handel mit den Donau-Staaten 10 Prozent seines Gesamthandels umfaßt.

Wenn man sich daher auf britischer, ebenso wie auf französischer Seite der Hoffnung hingibt, daß Deutschland bereit sein wird, auf Meistbegünstigung zu verzichten, so wird man wahrscheinlich einer gewissen Enttäuschung nicht entgehen können, da derartige Zugeständnisse von seiten der deutschen Delegierten nicht gemacht werden können.

Wie weiter von britischer Seite verlautet, ist bei den französisch-englischen Besprechungen auch das Problem der Kriegsschulden und Reparationen eingehend behandelt worden.

Man erwartet als Ergebnis der Lausanner Konferenz, daß, „soweit Europa in Betracht kommt", in unmißverständlicher Weise das Ende der Reparationen für immer verkündet wird.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Bereitwilligkeit Frankreichs, eine solche Haltung der Lausanner Konferenz zu fördern, ohne Ansprüche auf anderem, vor allem politischem Gebiet, erreicht worden ist.

Von britischer Seite wird betont, die Entwicklung einer derartigen Lage hänge davon ab, daß „Frankreich nicht beunruhigt wird", mit anderen Worten, der Gedanke eines „politischen Waffenstillstandes", das ist der Nichtaufwerfung der Frage einer Revision des Versailler Vertrages während eines bestimmten Zeitraumes, beginnt wieder in den Vordergrund zu treten.

Wenig Aussichten

Paris, 7. April. **Die Verhandlungen der Londoner Donaukonferenz werden in der englischen und der französischen Presse erörtert. Die Pariser Blätter beurteilen die Erfolgsaussichten der Viermächtekonferenz im allgemeinen wenig günstig. Die Zeitungen weisen allgemein auf den Gegensatz hin, der zwischen England und Frankreich auf der einen Seite und Deutschland und Italien auf der anderen Seite besteht. Auch die Londoner Blätter erklären, daß der erste Tag der Viermächtekonferenz nicht allzu große Hoffnungen erwecken könne. Es sei sehr fraglich, ob man zu weitergehenden Entschlüssen gelangen werde, als zu einer Einigung über die weitere Behandlung der ganzen Angelegenheit nach der Beendigung der Londoner Konferenz. Die Bildung des Sachverständigenausschusses deute bereits an, daß man auch in den Kreisen der Delegierten eine endgültige Lösung von dieser Konferenz noch nicht erwarte. Ein konservatives Blatt schreibt, daß am Ende der Londoner Konferenz die einzelnen Teilnehmer wahrscheinlich noch unverändert auf dem Standpunkt stehen werden, den sie vor einiger Zeit in ihren Denkschriften dargestellt hätten.**

In dem Bericht des halbamtlichen englischen Nachrichtenbüros wird ebenfalls davon gesprochen, daß sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England auf der einen und Deutschland und Italien auf der anderen Seite herausgebildet habe.

Heute vormittag werde sich der erste Ausschuß, der aus den Delegationsführern bestehe, bemühen, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Vor allem ständen die beiden Fragen zur Erörterung, ob Bulgarien in die Donaupläne einbezogen werden solle und ob die Donauländer unter sich verhandeln sollten. Die Vertreter Frankreichs und Englands seien dafür, die etwaigen



Vorschläge der Londoner Konferenz den Donaustaaten vorzulegen. Die deutschen und italienischen Vertreter seien der Meinung, daß eine wichtige Lösung auf einer Konferenz, an der allein die Donaustaaten teilnehmen würden, nicht gefunden werden könnte und daß ein dort ausgearbeiteter Plan Ungarn und Oesterreich im Vergleich zu Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei schwer belasten könnte. Weiter heißt es in der Meldung des halbamtlichen englischen Nachrichtenbüros, daß sich die Vorschläge Frankreichs und Englands auf finanzielle Unterstützungen der Donaustaaten bezögen, während Italien und Deutschland Zollerleichterungen planten.

Der englische Ministerpräsident und die übrigen an den Verhandlungen der Donaukonferenz teilnehmenden englischen Minister hatten gestern abend eine etwa anderthalbstündige Sitzung, in welcher der Verlauf des ersten Tages der Konferenz eingehend besprochen wurde.

Tschechoslowakische Besorgnis wegen der französischen Donaupläne

Prag, 7. April. Die Gerüchte über den eigentlichen Inhalt des Donauplanes Tardieus und über die Absicht, die Donaustaaten durch eine neue Währungs-, Schulden- und Zollorganisation zu verflechten, haben in der tschechischen Presse große Erregung hervorgerufen. Es wird betont, daß diese französischen Pläne auf Unkenntnis der Verhältnisse in den Donaustaaten zurückgingen. Die Tschechoslowakei werde und könne sich an keiner derartigen Kombination beteiligen.

Charakteristisch ist, daß die tschechischen Zeitungen, welche gestern den Hintergrund des Tardieu-Planes veröffentlichten, beschlagnahmt worden sind, und daß die Regierung ein Dementi der Nachrichten herausbrachte, in denen behauptet wird, daß über den Währungsstandard der mitteleuropäischen Staaten verhandelt werde.

Diese Umstände bekunden deutlich, welche Besorgnisse man in Prag vor den Wirkungen einer allzu weitgehenden Entfaltung der Tardieu-Flandinschen Pläne hat. Die tschechische öffentliche Meinung ist schon jetzt überaus nervös.

Die Unruhen in Neufundland

Saint Johns, 7. April. Im britischen Gliedstaat Neufundland dauern die Unruhen an. Gestern abend versuchte in der Hauptstadt Neufundlands eine mehrere hundert Personen zählende Menge, das Tor der Hauptspirituosenniederlagen einzuschlagen. Der Angriff wurde jedoch von der Polizei zurückgewiesen. Insgesamt sind etwa 600 ehemalige Kriegsteilnehmer jetzt als Hilfspolizisten in Neufundland tätig.

Vorläufig keine Flugverbindung Warschau-Berlin

Warschau, 7. April. (Eig. Telegr.)

Die gemeldete Aufnahme von Verhandlungen über die Herstellung einer ständigen Flugverbindung zwischen Warschau und Berlin wird in der nächsten Zeit noch nicht zu einer Aufnahme der Flugverbindung zwischen der deutschen und der polnischen Hauptstadt führen. Die Verhandlungen stoßen deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Flugverbindung Warschau—Berlin nur eine Etappe der weiteren Flugverbindung Warschau—Paris darstellen soll und die Deutschen für dieses Zugeständnis an die Verbesserung der Flugverbindung zwischen Polen und Frankreich die Herstellung einer Flugverbindung von Berlin über Warschau nach Moskau fordern. Dadurch sind gewisse Komplikationen in die Verhandlung hineingetragen, da sich die polnische Seite nicht ohne weiteres mit der Einrichtung einer solchen Fluglinie einverstanden erklären will. Die Verhandlungen schweben jedoch, und man hofft, daß sie, wenn sie im einzelnen durchgeführt sind, schließlich zu einer positiven Regelung führen werden.

Die „Republique" über das polnisch-französische Bündnis

Warschau, 7. April.

Die gesamte polnische Presse zitiert heute ausführlich einen Artikel des Hauptorgans der französischen Radikalsozialisten, der **„Republique"**, in dem sich dieses Blatt mit den Ausführungen der **„Gazeta Polska"** zum polnisch-französischen Bündnis beschäftigt. Die „Republique" lehnt es dabei zunächst ab, eine Polemik mit der „nationalistischen polnischen Presse" (gemeint ist die „Gazeta Polska") zu führen, antwortet jedoch auf die wichtigsten Punkte der Ausführungen des polnischen Regierungsorgans.

Die „Republique" stellt fest, daß sie es schon einmal geschrieben habe und es nochmals wiederhole, daß ihr die Stärke und Tiefe der gefühlsmäßigen Bindungen, die das französische und das polnische Volk verknüpfen, wohlbekannt sei. Wenn aber das französische Volk durch seine Widerstandskraft und seinen Sieg Polen die Wiedererstehung ermöglicht habe, so gestatte es noch nicht, daß die enge Verbindung Polens mit Frankreich dieses Land wieder in einen bewaffneten Konflikt hineinziehe. Frankreich dürfe niemals die furchtbare Lehre vergessen, die das französisch-russische Bündnis gewesen sei, und es dürfe nicht mit Polen das wieder anfangen, wozu es durch das Bündnis mit Rußland geführt wurde. Alle Radikalisten und Republikaner in Frankreich seien in dieser Beziehung einer Meinung.

Der Artikel der „Republique" ist, damit nicht auf eine persönliche Meinungsäußerung gefolgert werde, mit den Namen des Blattes selbst gezeichnet.

Die „Gazeta Polska" zu dem Moskauer Urteil

Warschau, 7. April. (Eig. Telegr.)

Die Verhandlungen im Moskauer Prozeß gegen den polnischen Staatsangehörigen Stern wegen des Anschlags auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski wurden von der polnischen Presse mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, da der Prozeß ja auch eine politische Spitze gegen Polen enthielt. Zu dem Urteil nimmt heute das polnische Regierungsorgan, die **„Gazeta Polska"** Stellung und fragt, welches wohl der Grund dafür gewesen sein könnte, daß die sowjetrussischen Behörden es geduldet und es sogar gefördert hätten, daß die „polnische Schirmwand" vor Geheimnissen des Prozesses aufgerichtet wurde. Diese Frage sei um so berechtigter, als doch in Moskau auch intelligente Politiker und Diplomaten säßen, die sich darüber im klaren sein müßten, daß eine derartig aufgezogene Inszenierung des Tribunals (gemeint ist die politische Spitze. Red.) in keinem Falle positiv auf die Beziehungen zwischen Rußland und demjenigen Staate, gegen den die Spitze gerichtet ist, einwirken könne. Das Regierungsorgan ist der Ansicht, daß ein bisher noch völlig ungeklärtes Geheimnis der Grund dafür gewesen sei, daß man in dem Prozeß zu einer derartigen Taktik gegriffen habe, bei der man mit der Wirklichkeit völlig zeremonielos umgesprungen sei. Man hätte eben um jeden Preis irgend etwas vor edn Augen der übrigen Welt verstecken wollen.

Urteil im Spionageprozeß Staniszewski

Warschau, 7. April. (Eig. Telegr.)

In Warschau wurde in den letzten drei Tagen der Prozeß gegen den angeblichen Ing. Staniszewski und seine Geliebte Michalina Grott wegen Spionage geführt. Beide waren angeklagt, im Zusammenhang mit der Spionageaffäre des Majors Demkowski, der im August des vorigen Jahres in Warschau wegen Spionage zugunsten Sowjetrußlands erschossen wurde, ebenfalls Spionage getrieben und dabei sowohl mit Demkowski wie mit dem damaligen sowjetrussischen Militärattachee Bogowoj zusammengearbeitet zu haben. Nach anfänglicher Leugnung hat Staniszewski schließlich zugegeben, den Sowjetrussen gewisse Dokumente ausgeliefert zu haben, wobei ihm seine Geliebte behilflich war. Es wurde festgestellt, daß Staniszewski in engem Zusammenhang mit dem sowjetrussischen Militärattachee und anderen sowjetrussischen Stellen stand und ihnen wichtiges Material lieferte, das im Interesse der Sicherheit des Landes geheimzuhalten war. Gestern wurde er zu 10 Jahren Zuchthaus und seine Geliebte zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei dem Urteil gegen letztere wurde als mildernder Umstand ihr niedriges geistiges Niveau in Betracht gezogen.

Ungewöhnlicher Freitod

Auf ungewöhnliche Weise aus dem Leben geschieden ist gestern im Dorfe Skorosze bei Warschau der Arbeitslose Pawel Gardzisk. Er begab sich zunächst auf den Eisenbahndamm, an dem Leitungsdrähte des Pruszkower Elektrizitätswerks mit einer Hochspannung von 5000 Volt entlanggehen. Dort angekommen, bewickelte er sich mit unisoliertem Draht, befestigte am Ende des Drahtes einen Stein und warf ihn dann über die Leitungsdrähte. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Verlängerung der Tätigkeit des Arbeitslosenkomitees vorläufig auf zwei Monate

Warschau, 7. April. (Eig. Telegr.)

Gestern fand im Ministerratspräsidium unter Leitung des Vizeministerpräsidenten Zawadzki eine Konferenz statt, auf der die Frage eines Weiterbestehens des Hauptarbeitslosenkomitees beim Ministerratspräsidium besprochen wurde. An der Konferenz nahmen die interessierten Minister teil. Es wurde beschlossen, das Komitee, das eigentlich am 1. April dieses Jahres liquidiert werden sollte, weiterhin für die Monate April und Mai bestehen zu lassen, und zwar auf denjenigen Gebieten, wo die Arbeitslosigkeit besonders stark und das Fortbestehen des Arbeitslosenkomitees daher erforderlich ist.

In der Frage einer Verlängerung der Erhebung von zusätzlichen Abgaben für den Arbeitslosenfonds von Porto, Telephon usw., wurde ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt. Die Gebühren werden zunächst weiter erhoben. Ein Beschluß über ihr Fortbestehen soll aber noch im Laufe dieser Woche gefaßt werden.

Liquidierung kommunistischer Zentralen im Lubliner Bezirk

Warschau, 7. April. (Eig. Telegr.)

Die Sicherheitsbehörden der Wojewodschaft Lublin sind in diesen Tagen zur Liquidierung kommunistischer Zentralen übergegangen. Im Kreise Hrubieszów wurden 60 Kommunisten verhaftet, darunter zahlreiche Leiter von Kreiskomitees, Gemeindekomitees und auch ein Mitglied des Bezirkskomitees der kommunistischen Partei. Außerdem wurden in Holm 43 Kommunisten verhaftet, darunter Führer der kommunistischen Partei. Bei den im Zusammenhang mit den Verhaftungen durchgeführten Haussuchungen wurde wichtiges Informationsmaterial vorgefunden, und zwar Pläne für Terrorakte, die auf Staatsbeamte durchgeführt werden sollen und zahlreiche andere kommunistische Schriften mehr.

Das Kind Lindberghs

New York, 7. April. In Amerika hält man die Rückkehr des entführten Sohne des Fliegers Lindbergh nur noch für eine Frage von kurzer Zeit. Der Gouverneur des Gliedstaates, in welchem Lindbergh wohnt, hat erklärt, daß das Kind gesund sei und bald wiederkehren würde. Außerdem ist ein Bevollmächtigter Lindberghs von seiner Erkundungsfahrt zurückgekehrt, und schließlich verweisen die amerikanischen Blätter darauf, daß im Hause Lindberghs, wo noch vor einigen Tagen große Sorge herrschte, ein plötzlicher Stimmungsumschwung eingetreten sei. Das Baby soll sich noch auf See befinden.

Standortmeldung des „Graf Zeppelin"

Hamburg, 7. April. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin" heute morgen um 4 Uhr Greenwicher Zeit auf 5 Grad 25 Minuten Nord und 28 Grad 32 Minuten West.

Das Eislebener Luthergymnasium schließt seine Pforten

Ostern 1932 hat der letzte Gymnasiast das von Luther selbst in seiner Geburts- und Sterbestadt Eisleben gegründete Gymnasium Illustre verlassen. Fast 400 Jahre ist es eine Bildungsstätte deutscher evangelischer Jugend gewesen. Berühmte Männer sind als Schüler durch sie hindurchgegangen, unter ihnen der Liederdichter Novalis. Seit 1921 aber war der Bestand dieser humanistischen Lehranstalt bedroht. Sie ist jetzt in ein Reform-Realgymnasium verwandelt und mit der Eislebener Oberrealschule unter dem Namen „Staatliche Lutherschule" vereinigt worden. dz.

Skandal um Kreuger

Bilanzfälschungen — Erregung in Schweden

Der Revisionsbericht des Sachverständigenausschusses, der etwas Klarheit in die Verhältnisse des Kreugerkonzerns gebracht hat, wurde in Schweden eigentlich nur als eine Bestätigung der schlimmen Befürchtungen aufgefaßt, die man schon seit längerer Zeit hatte. Schon seit längerer Zeit erzählte man sich in Bankkreisen, daß Kreuger eigentlich in Paris hätte verhaftet werden sollen und daß er sich nur durch die Erschießung der Verhaftung hätte entziehen können.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Kommission bereits alles herangezogen hat, was überhaupt heranzuholen ist, einschließlich des persönlichen Eigentums der Direktoren, die bereits ihr Tafelsilber usw. hergegeben haben sollen. Es ist aber durchaus fraglich, ob trotzdem ein nennenswertes Aktivum bei Kreuger u. Toll im Verhältnis zu den Schulden herauskommt, denn Kreuger hat es verstanden, in beispielloser Weise das Letzte und Allerletzte aus seinen Gesellschaften herauszuholen. Nicht nur über konsortiale Beteiligungen und Beteiligungen an dem Schuldendienst, sondern auch über Millionenkredite der Gesellschaften und deren Direktoren und Freunde mit persönlichen Bürgschaften, ja auch über zwangsweise Obligationsanleihen der konsolidierten Gesellschaften sind sehr große Beträge in das Portefeuille von Kreuger u. Toll gewandert.

Es ist also nicht richtig, wenn man immer wieder betont, daß die produktiven Gesellschaften heute noch tragende Eckteine des Konzerns sind, sie sind auch schon unterhöhlt. Man braucht sich in diesem Zusammenhang ja nur den heutigen Kurs der L. M. Erikson-Aktien anzusehen, der fünf Kronen beträgt.

Wenn der Sachverständigenbericht heute feststellt, daß der Schwindel schon in der Bilanz von 1930 begann, so handelt es sich also um eine Zeit, als das Deutsche Reich es für nötig hielt, den bekannten Kredit von 125 Millionen Dollar über Kreuger und nicht unmittelbar von den amerikanischen Geldgebern zu nehmen.

Es ist damals viel kritisiert worden, daß das Deutsche Reich diesen Weg ging.

Kreuger hatte die 500 Millionen Kronen, die der Kredit ausmachte, nicht selbst, er mußte sie sich erst borgen, und die jetzige Untersuchung wird zeigen, daß er diesen Kredit nicht einmal von Amerika zugesagt bekommen hatte, sondern gezwungen war, seinen schwedischen Landsleuten die großen Beträge abzunehmen.

Für den schwedischen Reichstag kam die Veröffentlichung von der falschen Buchführung im Kreuger-Konzern zu spät, der Kredit an die Skandinavische Bank war bereits bewilligt, als die Nachricht kam. Bei der geschickten Regie hatte nur der letzte Redner um 1 Uhr nachts noch Gelegenheit, einige kurze Worte der Wahrheit zu sprechen. Ebenso wurde jede Aussprache auf der Generalversammlung der Skandinavischen Bank in Gotenburg verhindert. Der Opposition wurde kurzweg das Wort mit dem Vertagungsbeschluß abgeschnitten, weil man erst im Reichstag den Beschluß über die Stützungsaktion abwarten wollte. Dagegen hat Bankdirektor Rydbeck den Posten als Leiter der Bank zur Verfügung gestellt. Ihm wird noch eine Reihe von Direktoren des Kreuger-Konzern. folgen, insofern es sich dort nicht um kriminelle Angelegenheiten handelt, wie man nach dem letzten Sachverständigenbericht ja bereits befürchten muß.

Wie dem auch sei, so werden damit die dem schwedischen Volk abgenommenen Millionen auch nicht mehr ins Land zurückrollen.

*

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

Ivar Kreuger, der Mann, auf den Schweden stolz sein zu können glaubte, ein Bilanzfälscher, eine Hochstaplerexistenz! Tiefste Niedergeschlagenheit herrscht in Stockholm bei dieser Erkenntnis. Nur wenige Menschen hatten seit den Ereignissen des letzten Sommers den Mut zur Skepsis gegenüber der glänzenden Erscheinung des Kreuger-Konzerns aufgebracht, hatten die Anzeichen des herannahenden Sturzes richtig gedeutet. Fast keiner hatte beachtet, daß der kluge, vorsichtige Präsident Rydbeck auf der Generalversammlung im Juli 1931 aus dem Vorstande des Kreuger-Konzerns ausgetreten war. Nur wenige wußten, daß riesige Summen für Repräsentation und unnötige Luxusausgaben verbucht oder in der Buchführung versteckt waren, daß die letzte Emission nur unvollkommen untergebracht war, daß **Kreuger riesige Anleiheverpflichtungen einging, ehe er wußte, woher die Mittel hierzu kommen sollten.** Niemand wußte, daß der Konzern in großem Umfange Stützungskäufe in eigenen Aktien vornahm, sogar durch Strohmänner, wie jetzt ein anhängig gemachter Prozeß zeigt.

Die oft verwundert glossierte Geheimnistuerei des Konzerns, die meist unter der Formel erfolgte: „Ingenieur Kreuger ist verreist, in der Zentrale weiß man von nichts", hat man für höhere Strategie gehalten. Jetzt erst stellt sich heraus, daß es die simple Wahrheit war, **daß sich das ganze Geschäft in Kreugers Aktentasche befand,** einschließlich Buchführung. Erst wenn der Chef von seinen Reisen zurückkam, erfuhren die Mitdirektoren, was inzwischen geplant und abgeschlossen war, erhielt die Buchführung ihre Anweisungen.

Man wußte, daß Kreuger niemanden gern in seine Papiere schauen ließ. Man hielt es für einen Geschäftsgrundsatz, für kluge Taktik, für einen Wesenszug. Aber man vertraute, wenn er seine Aktenmappe öffnete und seine Zahlen veröffentlichte. **Die gute öffentliche Meinung und das Vertrauen der Kapitalisten in allen Ländern waren sein größtes Aktivum.** Er besaß es noch, als er bereits allen Besitz seiner Gesellschaften verpfändet hatte. **Als er aus dem Leben geschieden war,** glaubten seine Aktionäre gern die Erzählung von Ueberarbeitung und Nervenzusammenbruch. Staunend und bekümmert müssen sie heute einsehen, daß der scheinbar so vornehme und taktvolle Mann schon lange vorher zu unredlichen Mitteln gegriffen hatte.

Brüning in Stuttgart

Reichskanzler Dr. Brüning setzte seinen in Karlsruhe begonnenen Redefeldzug in Stuttgart in der von 10 000 Menschen bis auf den letzten Platz gefüllten Stadthalle fort. Der Versammlung wohnten u. a. auch Staatspräsident Dr. Bolz und Justizminister Beyerle bei.

Von der Versammlung mit großem Beifall begrüßt, erklärte der Kanzler, daß diese Wahlkampfwoche keinen Gewinn für die deutsche Zukunft bedeute, weil man mit Schaudern feststellen müsse, in welch fortschreitender Gemeinheit und Gewalttätigkeit die Agitation sich von Tag zu Tag entwickele. Aber nach einer anderen Richtung wird dieser Wahlkampf doch einen starken Gewinn bringen. Seine Form wird vielen Kreisen, die heute noch irregehen, für immer die Augen öffnen.

Wie in seiner Karlsruher Rede ging der Reichskanzler dann im einzelnen auf die verschiedenen Angriffe der Nationalsozialisten ein. Mit Entrüstung wies der Reichskanzler die von dem nationalsozialistischen Gauleiter Brückner (Breslau) vorgebrachte Aeußerung zurück, in der dem Reichspräsidenten unterstellt wurde, daß die Sorge um die Zukunft des Sohnes stärker gewesen sei als das Interesse an Deutschland. Das sind die Leute, rief der Reichskanzler aus, die immer sagen, sie würden einen ritterlichen Kampf führen.

Die Reichsregierung will durch gemeinsame Opfer aller die Grundlage schaffen, um zu dem Ziel in der Reparations- und Abrüstungsfrage zu gelangen, das wir alle als elementares Recht des deutschen Volkes beanspruchen. Die eingeleiteten Auseinandersetzungen in der Außenpolitik haben nur Erfolg, wenn die Politik der vergangenen zwei Jahre unter allen Umständen schärfstens durchgehalten wird.

Aller Erfolg hängt von dem Kredit des Reiches ab, und dieser Kredit hängt davon ab, daß es der Reichsregierung gelingt, gemeinsam mit den Länderregierungen und den Stadtverwaltungen den Etat auszugleichen und das Vertrauen des In- und Auslandes in die stabile Währung zu erhalten.

Wenn die Nationalsozialisten einmal an die Herrschaft kommen sollten und versuchen würden, auch nur zehn Prozent ihrer Versprechungen zu verwirklichen, dann würde in 14 Tagen die Reichsmark ins Uferlose hinabgerasselt sein. Das System der gegenwärtigen Regierung ist Klarheit und Wahrheit.

Der Reichskanzler kam in seinen weiteren Ausführungen auf die Ursachen der gegenwärtigen Not zu sprechen, die keineswegs im November 1918 entstanden sind, sondern viel weiter in die Kriegszeit zurückreichen. Hindenburg ist der Mann, unter dessen Fahne sich die Menschen in Deutschland wieder zusammenfinden können. Wenn die Nationalsozialisten gesagt haben, ein alter Mann sei für die Politik untauglich und halte keinen Vergleich aus mit dem Säkulargenie von Adolf Hitler (große Heiterkeit), so ist zu erwidern:

Dieser Mann sieht die Menschen und die Dinge viel klarer und einfacher als die meisten Menschen, die sonst im öffentlichen Leben an führender Stelle stehen. Ich kämpfe für Hindenburg nicht nur aus innerster sachlicher Ueberlegung. Ich werde jeden Tag dieser Woche durch die deutschen Lande fahren und immer und immer wieder den Kampf für ihn aufnehmen. Ich kämpfe für ihn und sein Verbleiben, aber auch aus einem ganz anderen Grunde: Wenn ein Volk eine Persönlichkeit hat von überragender welthistorischer Bedeutung, eine Persönlichkeit, deren historische Geltung von niemand auf der Welt mehr angezweifelt wird, und wenn diese Persönlichkeit im hohen Alter sich einem Volk zum weiteren Dienst zur Verfügung stellt, dann müsse es bei einem Volk, das in seiner Mehrheit noch gesund und von gesunden Idealen durchdrungen ist, überhaupt gar nichts anderes mehr geben, als daß sich eine überwältigende Mehrheit gleich vom ersten Tage an auf seine Seite stellt und ihn leidenschaftlich gegen jeden Angriff und gegen jede Verleumdung verteidigt.

Ich bin überzeugt, wenn jeder seine Pflicht tut, der ein ernstes und tiefes Gefühl hat für die Bedeutung der nächsten Monate, dann wird gewiß am nächsten Sonntag dem Herrn Reichspräsidenten ein Vertrauensbeweis geliefert werden von viel mehr Millionen, als es im ersten Wahlgang bereits geschehen ist.

Die Wahl des Herrn Reichspräsidenten, wenn sie mit weit größerer, mit überwältigender Mehrheit am nächsten Sonntag erfolgt, wird dem Auslande ein Zeichen und das Symbol einer Aufforderung und einer Warnung bedeuten.

Aus Kirche und Welt

Der ehemalige wolhynische Pfarrer Ernst Althausen, der von 1910 bis 1920 in Raschkow bei Ostrowo amtierte und jetzt in Deutschland lebt, feierte am 25. März seinen 70. Geburtstag.

*

In der evangelischen Kirche in Berlin-Karlshorst ist ein bisher unbekanntes Gemälde von Lucas Cranach gefunden worden, das Jesus in Gethsemane darstellt.

Die Polen in Deutschland

Ihr entschiedenes Bekenntnis zum polnischen Volkstum

Der „Mazur", das Organ der Polen im masurischen Teil Ostpreußens, rüttelt in ernster Mahnung die Elternschaft wach und ruft sie zur Pflege des wichtigsten Kulturgutes, der Muttersprache, auf. Diese Pflicht wird als heilig hingestellt. Gott und das Gewissen gebieten es, so heißt es dort.

Die „Freie Presse" in Lodz greift dieses Beispiel heraus, um es eingehender zu würdigen und aus ihm Lehren für unser eigenes volkliches Schicksal zu gewinnen. Denn am einzelnen Beispiel erkennt man die Methode, hinter der der zielbewußte Wille steht. Und dieser polnische Wille heißt ganz unzweideutig: **Wir wollen keinen Schritt weichen, unsere Eigenart wahren, niemals im fremden Volkstum aufgehen, keine Zugeständnisse machen!** Insbesondere gilt das natürlich auf dem Gebiet des Schulwesens.

„Bedauernswert ist das polnische Kind in der deutschen Schule", so sagt der Aufruf. Und weiter: „Und erst recht das polnische Kind im Religionsunterricht in deutscher Sprache! Das ist eine Ungeheuerlichkeit, eine Entartung! Das ist eine um Rache zum Himmel schreiende Vergewaltigung des natürlichen und göttlichen Rechts."

Nun, ohne auf die blumige und temperamentvolle Sprache dieser Zeilen einzugehen, muß man sagen, daß eine entscheidendere Absage an das Deutsche und ein **entschiedeneres Bekenntnis zum Polnischen** kaum denkbar ist. In aller Deutlichkeit wird hier wieder einmal klar, daß die Polen in Deutschland nicht im mindesten daran denken, sich zu „assimilieren". Sie wollen keine Gemeinschaft mit der Sprache der anderen, des Staatsvolkes, auch wenn dieses einen Goethe hervorgebracht hat und ruhmvoll unter den Führern zu geistigen Werten dasteht. Sie wollen im Gegenteil Abstand wahren und abrücken von allem, was nicht polnisch ist.

Was fragen sie danach, ob ihr Vorgehen **„loyal"** gegenüber Deutschland ist, — sie kennen nur die Verpflichtung, ihre eigene Position zu stärken, denn **das Polnischbleiben ist „gottgewollt".** Sie werden sicherlich niemals so weit gehen, „deutsche Tage" in ihren Schulen einzurichten. Nur einfach aus dem Grunde etwa, um das Wohlgefallen der deutschen Schulbehörde zu erregen und ihre „Loyalität" unter Beweis zu stellen. Als Schmach würden sie es ansehen und Kriecherei! Denn das wäre „eine Ungeheuerlichkeit, eine Entartung . . . Eltern, Ihr habt gegenüber dem Schöpfer und gegenüber den Kindern eine große Verantwortung . . ." Mit solchen Worten sprechen sie ihren Volksgenossen Mut zu und halten sie aufrecht.

Mit keinem Wort sind die berühmten „Verpflichtungen gegenüber dem Staat" erwähnt, in dem man lebt. Für sie gibt es **nur die Verpflichtung, polnisch zu bleiben.** Sie beunruhigen ihre Landsleute nicht dauernd mit der Notwendigkeit, ihre „Loyalität" zu beteuern. Und auch die Frage, ob ihre Schuljugend nicht vielleicht in „antistaatlichem Geiste" erzogen wird, macht ihnen kein Kopfzerbrechen. Und wenn schließlich einer daherkommen würde, um in ihren polnischen Schulen für das deutsche Schulwesen in Polen Gelder zu sammeln, so würden sie ihm wohl die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben. (Anmerkung für den, der es noch nicht weiß: die Schüler des Lodzer Deutschen Gymnasiums haben Spenden für das polnische Schulwesen in Deutschland gesammelt! Dieser Tatbestand ist im Verlauf des Schulprozesses gegen den niemiecki związek öffentlich bekannt geworden.)

Die entschiedene Haltung des Auslandpolentums hat **sichtbare Erfolge.** Neulich berichtet der Polnische Schulverein in Danzig von der günstigen Entwicklung des dortigen Schulwesens. In Allenstein wird mit einem eigenen Schulbau begonnen werden können, desgleichen in Beuthen, wo der polnische Schulverein große Unterstützungen aus dem polnischen Reich bezieht, die polnischen Zeitungen erfreuen sich ebenfalls großer Liebe von seiten verschiedener staatlicher „Fonds". Die Lage zeigt, daß das **Polentum im Deutschen Reiche dauernd an Kraft und Umfang gewinnt.** Freilich, überraschend ist dieser Umstand nicht. In einem Lande, das seine Minderheiten so weitgehend toleriert wie Deutschland, sind ja von vornherein die Voraussetzungen für gute Entfaltung der fremden Volksgruppen gegeben.

Uns **Deutschen in Polen** fehlen diese günstigen Bedingungen. Unsere Schulen sind einer krassen Polonisierung ausgesetzt. Unsere Lehrer werden durch Versetzung an andere Orte „unschädlich" gemacht, Pressekampagnen werden gegen uns inszeniert, die uns verleumden und uns durch gemeine Verdächtigungen zu beschmutzen versuchen. Aber das darf uns den Mut nicht nehmen, in gleicher Weise wie die Polen in Deutschland, beim eigenen Volkstum auszuharren und allem Kampf anzusagen, was gegen uns antritt!

Laßt uns, wie die Polen im Reiche, keine Zugeständnisse machen, die uns nichts nützen, wohl aber als Schwächlinge erscheinen lassen, laßt uns stark zusammenstehen und in gemeinsamer Front gegen Angriffe, woher sie auch kommen mögen, eine entschiedene Abwehrstellung einnehmen, die nicht so leicht durchbrochen werden kann!

Das ist, auf unsere Lage angewandt, die Lehre, die wir aus dem Verhalten der polnischen Minderheit in Deutschland ziehen können und sollen.

Spectator.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt". Sämtlich in Posen. Zwierzyniecka 6.
Druck: Concordia Sp. Akc.

Posener Tageblatt

Aus Stadt und Land

Nr. 80
Freitag, den 8. April 1932

Posener Kalender

Donnerstag, den 7. April

Sonnenaufgang 5.13, Sonnenuntergang 18.36. Mondaufgang 5.21, Monduntergang 20.36.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 6 Grad Celsius. Südwestwinde. Barometer 739. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur + 13, niedrigste + 5 Grad Celsius. Niederschläge 2 Millimeter.

Wettervoraussage für Freitag, den 8. April

Unbeständig und sehr kühl mit wiederholten Schauern, frische westliche bis nordwestliche Winde.

Wasserstand der Warthe am 7. April + 1,28 Meter.

Holzversorgung des Wohlfahrtsdienstes
Telephon 6970.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Wielki:
Donnerstag: „Kinokönigin".
Freitag: „Die Kinokönigin".
Sonnabend: „Faust".

Teatr Polski:
Donnerstag: „Ehrensache".
Freitag: „Romeo und Julia".
Sonnabend: „Beinahe eine Hochzeitsnacht" (Premiere).

Teatr Nowy:
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag: „Marius" (Premiere).
Sonnabend: „Marius".

Kinos:
Apollo: „Die Fledermaus". (5, 7, 9 Uhr.)
Colosseum: „Onkel Toms Hütte".
Metropolis: „Der König der Boulevards". (½5, ½7, ½9 Uhr.)
Stoce: „Zwei Herzen im Dreivierteltakt". (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Madame Dubarry". (5, 7, 9 Uhr.)

Der **Deutsche Naturwissenschaftliche Verein** unternimmt am Sonntag, dem 10. April, einen Ausflug nach der Blütestelle des großen Schneeglöckchens im Walde bei Starczanowo. Abfahrt nach Murowana Goslin 7.35. Rückfahrt von Obornik 17 Uhr. Verpflegung ist mitzunehmen. Mitglieder freie Bahnfahrt. Gäste willkommen!

Zwangsversteigerungen

X **Freitag**, 8. d. Mts., nachm. 2 Uhr St. Martinstraße 43: ein Klavier „Libczyński". — Freitag, 15. d. Mts., im Bezirksgericht Krotoschin eine komplett eingerichtete Ziegelei. Leistungsfähigkeit 3,5 Millionen Ziegel, Dachsteine und Drainageröhren. Vorkriegswert ca. 650 000, Kaufpreis 165 000 Złoty bei einer Anzahlung von 65 000 Złoty. Näheres zu erfahren durch „Par", Aleje Marcinkowskiego 11 unter 54 260.

„Die Wunder in der Landesversicherungsanstalt"

Das Urteil gegen Bartoszkiewicz

X **Posen**, 6. April. Heute mittags 1 Uhr wurde vom Vorsitzenden Bojarski das Urteil im Beleidigungsprozeß Hubert und Genossen gegen Bartoszkiewicz verkündet. Die Berufung der Privatkläger sowie des Angeklagten wird als unbegründet abgewiesen und das Urteil 1. Instanz, wonach der Angeklagte Bartoszkiewicz zu 1200 Złoty Geldstrafe bzw. 120 Tagen Arrest und zur Tragung der Gerichtskosten nebst Publikationsbefugnis verurteilt wurde, bestätigt. Die Kosten der 1. Instanz werden dem Angeklagten ganz auferlegt, wogegen die der 2. Instanz den streitenden Parteien zur Hälfte auferlegt werden.

Die heldenhafte Tat einer Frau soll belohnt werden

X **Thorn**, 7. April. Der Wojewode von Pommerellen hat die Frau des Schulleiters in Nowawies im Kreise Graudenz, Stanisława Hyjak, und den Arbeiter Jan Prabucki aus Nowawies für die Verleihung der Rettungsmedaille vorgeschlagen. Frau Hyjak war am 27. November 1931 dem zehnjährigen Władysław Stolp, der auf dem Eise eingebrochen war, zu Hilfe geeilt. Das Eis brach auch unter ihr, aber mit letzter Kraft schob sie den Knaben aus dem Wasser auf das Eis, während sie selbst zu sinken begann. Da kam ihr der 70jährige Arbeiter Jan Prabucki mit einem Drahtseil zu Hilfe und rettete sie vom Tode des Ertrinkens.

Filmschau

Der König der Boulevards

In diesem köstlichen Tonfilm, der zur Zeit im „Metropolis" läuft, stellt sich dem Posener Publikum als Straßensänger und Sportfanatiker, der überall dabei sein muß, Georges Milton vor. Er ist weder ein fescher Kerl noch der übliche Schwerenöter. Trotzdem bringt er das Publikum mehr als einmal zum Lachen und versteht es, mit seinen Songs mitzureißen. Wir lernen diesen kleinen dicken, schlecht angezogenen Mann, der zuweilen ein wenig an Patachon erinnert, als unberechtigten Zuschauer ohne Eintrittskarte bei einem Boxkampf, beim Sechstagerennen, in der Schwimmhalle und beim Rugby-Spiel kennen. Bei letzterem wirkte er sogar (freilich ohne es beabsichtigt zu haben) als Hauptspieler mit. Immer ist dieser kleine dicke Mann dabei, immer hat er die Lacher auf seiner Seite. Beim Rugby-Spiel wird er sogar der Held des Tages, der seine Mannschaft zum siegreichen Ende führt. Ein sehr unterhaltsamer Film also, bei dem es nebenbei noch eine ganze Menge ausgezeichneter Sportbilder zu sehen gibt. Die Stimmung beim Sechstagerennen ist ganz besonders treffend wiedergegeben.
jh.

Wojewodschaft verordnet Senkung des städtischen Steuerbudgets

Magistrat kann sich noch nicht entschließen — Der neue Vorsitzende des Stadtparlaments — Säuberungsaktion der Straßen verlangt — Keine Gebühren für Armutszeugnisse — Die Angelegenheit des Herrn Rybakow

jr. **Posen**, 7. April.

Unter Leitung des neuen Stadtverordnetenvorstehers Prof. **Paczkowski** (Nat.-Dem.), der an Stelle seines vor zwei Monaten verstorbenen Vorgängers, Ing. Hedinger, mit absoluter Mehrheit — 25 gegen 10 Stimmen, die auf den Landesversicherungsrat Wybieralski fielen, bei 6 Stimmenthaltungen und 2 ungültigen Wahlzetteln — gewählt wurde, hielten die Stadtväter eine überaus wichtige Sitzung ab, da auf ihr nach Erledigung der eigentlichen Tagesordnung als dringliche Angelegenheit das Stadtparlament zu einer

Denkschrift der Wojewodschaft

über den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1932/33 eingehend Stellung nahm. Das Wojewodschaftsamt hat nämlich diesen Haushaltsvoranschlag zwar formell bestätigt, aber mit der Forderung, in den veranschlagten Steuereinnahmen nicht unerhebliche Kürzungen vorzunehmen. Es sind sogar die einzelnen Positionen angeführt, die man reduziert zu sehen wünscht. Dieses Vorgehen der Aufsichtsbehörde, das auf der anderen Seite entsprechende Streichungen in den vorgesehenen Ausgaben erforderlich macht, die man dem Ermessen der städtischen Körperschaften überläßt, dürfte in den breiten Kreisen der Steuerzahler recht populär erscheinen. Nur hat sich die Stadtverordnetenversammlung nicht dazu entschließen können, dieser verordneten Maßnahme Rechtskraft zu verleihen.

Die Sitzung begann mit der Bekanntgabe verschiedener Eingänge, so zum Beispiel einer Denkschrift der Markthändlervereinigung über das geplante Verbot des Verkaufs gewisser Lebensmittel auf den Märkten und in Sachen der Markthallen, sowie eines Schreibens des Fleischerverbandes in der Angelegenheit des beabsichtigten Fleischverkaufsverbots auf den Märkten. Darauf wurden Interpellationen über Arbeiterfragen und Sauberkeitsverhältnisse in der Stadt Posen eingebracht.

Stadtv. **Sobkowiak** wandte sich dagegen, daß der Magistrat beschäftigungslose Arbeiter für 2 Złoty täglich arbeiten lasse; in Naramowice wolle der dortige Verwalter den Arbeitern kündigen und andere aus der weiteren Umgebung beschäftigen, da diese billigere Arbeitskräfte seien.

Stadtv. **Przdzyński** trat für eine Säuberungsaktion in den Straßen ein, was angesichts der Posener Messe besonders aktuell wäre. Unterstützt wurde er von seinem Klubkollegen **Sobolewski**.

Es folgte die mit Beifall aufgenommene Wahl des Vorsitzenden, der bei Annahme der Wahl für das bewiesene Vertrauen dankte und versprach, seinem Amt nicht nur einen formellen Charakter zu geben.

Zum Delegierten des Posener Stadtparlaments für die Internationale Städtetagung in London wurde durch Zuruf Prof. Paczkowski gewählt.

In den Rat der „Lecznica Miejska" wählte man die Stadtvv. Frau Dr. Großmann, Wybieralski und Dr. Stark.

Die beantragte Bewilligung von Abgaben für die Ausstellung von Armutszeugnissen in Höhe von einem Złoty wurde abgelehnt.

Dann bestätigte man den Beschluß des Hauptausschusses auf Beibehaltung der Bebauungsklasse für ein bestimmtes Gelände in der ul. Grunwaldzka.

Stadtv. **Tylczyński** referierte darauf über die eingangs erwähnte Denkschrift der Wojewodschaft, die einen

kleinen Haushaltskrieg

zwischen dem Magistrat und seiner unmittelbaren Aufsichtsbehörde heraufzubeschwören droht. Es wird hier neben der Kürzung der verschiedensten Steuern und Stellenzuschläge in Höhe von 1 500 000 Złoty eine Streichung bzw. Nichterhebung der Vollstreckungskosten in Höhe von 200 000 Złoty verlangt mit dem Hinweis darauf, daß die einzelnen Positionen zu optimistisch veranschlagt worden waren. Wessen Veranschlagungen die größere Berechtigung hatten, das wird erst die Zukunft zeigen. Vorerst will der Magistrat, dem, wie verlautet, zur Beantwortung der Denkschrift eine Frist von 14 Tagen gesetzt worden ist,

beim Innenministerium Berufung einlegen

und einen Zeitraum von etwa 2 Monaten zur Prüfung der in dieser Zeit festgestellten Steuereingänge benutzen, um dann gegebenenfalls die Forderungen aus eigener Anschauung für berechtigt zu erklären und nach Möglichkeit zu erfüllen. Es sei bemerkt, daß es sich hierbei nicht um eine eigentliche Senkung der Steuern handelt, als vielmehr um eine solche des Steuersolls.

Originelle Vorschläge machte in dieser Materie Stadtv. **Wybieralski**, der dabei so ziemlich allein auf weiter Flur stand. Er meinte zunächst, daß eine tatsächliche Entlastung der Bevölkerung nicht erhofft werden könne, da ja die Sätze doch die bisherigen bleiben würden. Ueberdies werde aus Warschau eine energische Eintreibung der Steuern signalisiert. Die Denkschrift enthalte ein indirektes Lob für den von den städtischen Körperschaften bei der Aufstellung des Budgets gezeigten Optimismus. Demgegenüber sei zu bedauern, daß dafür die andere Seite einen gewissen Pessimismus an den Tag gelegt habe, indem sie kein rechtes Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung setzt. Die Finanzkammer, deren Gutachten als Grundlage für die Forderungen des Wojewodschaftsamtes gedient hat, werde in Zukunft der einzige Steuererheber für sämtliche Steuern und Abgaben sein. Seines Erachtens sei es angebrachter, sich nicht an das Innenministerium zu wenden, zumal sich, wie man hört, seit der Beschließung des Budgets die Finanzlage verschlechtert habe. Man sollte sich vielmehr den Wojewodschaftsforderungen möglichst anzupassen suchen. Ein Ausgleich für den dadurch bedingten Steuerausfall könne darin gefunden werden, daß man eine Kürzung in denjenigen Ausgaben vornehme, zu denen die Stadtverwaltung nicht gesetzlich verpflichtet sei, und ferner die Entrichtung von Amortisationsraten eines Teils der Anleihen (zum Beispiel bei der Landeswirtschaftsbank) für zwei bis drei Jahre aussetze. Letztere Methode werde auch von verschiedenen Staatsinstitutionen selbst angewandt. Was die Kürzung der Ausgaben betrifft, wobei ja die Wojewodschaft freie Hand läßt, so schlug der Redner die Lehrerzuschläge, die „üppigen" Unterstützungen der physischen Erziehung und die Arbeitslosengelder (was er mit der vorwiegenden Uebernahme der Fürsorge für die Arbeitslosen in staatliche Hände zu begründen suchte und u. a. auf die verschiedenen Zuschläge im Postwesen zugunsten der Arbeitslosen hinwies, die allerdings nur bis zum 1. April gelten sollten, im Augenblick aber noch weiter gelten), ferner die Gartenverwaltung, die soziale Fürsorge und die Abgaben für die wojewodschaftliche Selbstverwaltung als **Opferobjekte** für eventuelle Kürzungen oder gänzliche Streichungen vor. Das alles würde nach seinen Berechnungen eine Ersparnis von etwa 1 320 000 Złoty ergeben. Ueber die restliche Summe ließe sich vielleicht mit der Aufsichtsbehörde eine Einigung erzielen.

Stadtrat Dr. **Czajz** teilte mit, daß die Steuereingänge im Monat März den Einnahmen im gleichen Monat des Vorjahres entsprochen hätten. Immerhin könne man nicht voraussagen, wie sich die Eingänge später gestalten würden. In Anbetracht dieser Ungewißheit sei es vorzuziehen, beim Innenministerium Berufung einzulegen und Zeit für entsprechende Haushaltsbeobachtungen zu gewinnen, um dann klare Entscheidungen treffen zu können, ob überhaupt in welchem Maße und in welcher Ordnung Ausgaben zu kürzen bzw. zu streichen wären.

Nachdem Stadtpräsident **Ratajski** die Ausführungen des Stadtrats mit dem Hinweis darauf ergänzt hatte, daß im Notfalle für die Bestreitung laufender Ausgaben niemand Geld leihen würde, daß man nach fünf Tagen des neuen Rechnungsjahres noch keine rechte Grundlage für die weiteren Haushaltsgebarungen haben könne und daß nach Warschauer Zusicherungen das bisherige System der Vollstreckungskosten zumindest noch einige Monate aufrechterhalten werden würde, ergreift Stadtv. **Bresiński** das Wort, um bei dieser Gelegenheit die Straßenbahnangelegenheit zu streifen. Bei einer rechtzeitigen Uebernahme der Straßenbahn in städtische Regie wäre es nicht vorgekommen, daß für das laufende Wirtschaftsjahr im Gegensatz zum Vorjahre, wo ein Gewinn von 380 000 Złoty veranschlagt wurde, kein einziger Groschen in Voranschlag gebracht worden sei. Der Magistrat aber hätte eine Art Deckungsfonds für Steuerausfälle gehabt. Die Posener Messe brauche auch nicht gerade unbedingt zwei Direktoren. Früher hätte Dr. Krzyżankiewicz genügt.

Stadtv. **Kowalewski** wunderte sich darüber, daß die Regierungsstellen plötzlich eine solche

Besorgnis um die Realität des Posener Stadtbudgets

zeigten, während doch auf der anderen Seite immer neue Steuern beschlossen würden.

Stadtv. **Pietrzyński** trat aus Prestigegründen für den Antrag des Magistrats ein.

Mit fast allen Stimmen faßte die Versammlung darauf den Beschluß, den Magistratsantrag auf Berufung beim Innenministerium gutzuheißen. So ist zu den Konfliktsstoffen zwischen der Wojewodschaft und den städtischen Körperschaften ein neuer hinzugekommen. Uebrigens wurde gestern mitgeteilt, daß wieder ein von der Versammlung gewählter Stadtrat von der Wojewodschaftsbehörde nicht bestätigt worden ist. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der seinerzeit eingesetzte kommissarische Stadtrat, Rechtsanwalt **Frackowiak**, auf eigene Bitten seines Postens enthoben worden ist.

Die **Angelegenheit des Herrn Rybakow** von der Baupolizei, die noch zum Schluß der Sitzung als dringliche Angelegenheit zur Sprache kam, reicht bereits längere Zeit zurück. Herrn Rybakow wurden, außer dem Nichtbesitz der polnischen Staatsangehörigkeit, Nachlässigkeiten im Dienst und Uebergriffe bei der Erteilung von Bankonzessionen zum Vorwurf gemacht. Durch seine willkürlichen Methoden bei der Erteilung solcher Konzessionen sollen sogar Interessenten ihrer Freiheit beraubt worden sein. Während besonders die Stadtverordneten **Budzyński, Kowalewski** und **Grzegorzewicz** gegen Herrn Rybakow schweres Geschütz auffuhren, bemühte sich Stadtrat Dr. **Czajz**, die Spitze der von der Versammlung gemachten Vorwürfe abzustumpfen. Er wies u. a. darauf hin, daß Herr Rybakow die polnische Staatsangehörigkeit besitze. Sie sei ihm vom Konitzer Starosten bestätigt worden. Ferner erklärte er, daß der angegriffene Beamte die ihm übertragenen Angelegenheiten durchaus flott erledigt hätte. Wenn er in der Angelegenheit von Konzessionsstrafen rigoros vorging, so habe er doch im Auftrage seines Vorgesetzten gehandelt. Immerhin könne man wohl den Eindruck haben, daß etwas nicht in Ordnung sei, und deshalb wolle der Magistrat bei tatsächlicher Feststellung von Verfehlungen des Herrn Rybakow nicht davon absehen, diesen Beamten zu entlassen.

Aus dem Verlauf der Debatte ist besonders erwähnenswert der Hinweis des Stadtv. **Kowalewski**, daß bei 2000 arbeitslosen Geistesarbeitern — die Gesamtziffer beträgt gegenwärtig 13 000 — hiesige Bürger in erster Linie bei der Besetzung von Beamtenstellen berücksichtigt werden sollten. Dieses Moment hatte der Stadtv. **Budzyński** als Referent in teilgebietspolitischer Färbung hervorgehoben.

Dr. **Machowski** von der Sanierungspartei erklärte, daß auch er sich durchaus dem Verlangen einer Untersuchung anschließe.

Es wurde beschlossen, den Magistrat aufzufordern, die Angelegenheit des Herrn Rybakow eingehend zu prüfen und daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Englische Schüler spielen in Posen Theater

Uns wird geschrieben: Am Dienstag, dem 12. April, um 7.30 Uhr abends werden Liebhaber, Schüler aus dem „Haileybury College", Hertford, England, Shakespeares „Julius Caesar" im hiesigen „Teatr Polski" darstellen. Das „Haileybury College" gehört zu den sogenannten „Public Schools", zu den Internaten also, wo die älteren Schüler eine Art amtlicher Macht über ihre jüngeren Kameraden haben.

Die Schule war im Jahre 1802 durch die „Honourable East India Company" als Ausbildungsanstalt für künftige ostindische Beamten gegründet worden. Als aber die Herrschaft der Gesellschaft nach dem indischen Aufstande des Jahres 1856 an die britische Krone überging, wurde die Schule geschlossen und das Gebäude verkauft. Im Jahre 1862 wurde dann die Anstalt aufs neue als „Public School" gegründet.

Gegenwärtig hat die Schule 525 Schüler, die in elf „Häusern" (Pensionen) untergebracht sind. Jede Pension bildet eine Einheit, die sich mit den andern in Spiel und Sport mißt. Der „Hauslehrer" ist für das sittliche Verhalten und die Wohlfahrt seiner Schüler verantwortlich, und aus dem Gefühl der Hausgemeinschaft entsteht so eine Art Hauspatriotismus, der übrigens in allen englischen „Public Schools" lebendig ist. Das Band zwischen früheren und jetzigen Schülern bildet der „Verein alter Haileyburianer", der alljährlich in London seine Tagung hält. Zu den „alten Haileyburianern" gehören Männer wie Lord Allenby, der den siegreichen Feldzug gegen die Türken in Palästina führte, Sir Rennell Rodd, seinerzeit britischer Botschafter in Rom, Sir Alexander Godley, Verwalter von Gibraltar, Luftmarschall Sir Brooke Popham und mehrere Bischöfe.

Herr E. C. Matthews, Oberlehrer in Haileybury, der die Reise durch Polen und die Tschechoslowakei leitet, ist Vorsitzender des Ausschusses des Internationalen Studenten-Drama-Bundes, dessen Zweck es ist, die Vorführung englischer dramatischer Stücke im Auslande durch englische Studenten oder Berufsschauspieler und zu gleicher Zeit die Aufführung ausländischer Stücke in England durch ausländische Spieler zu fördern.

Die „Haileybury College Amateur Dramatic Society" besuchten im letzten Jahr Elsaß-Lothringen, wo sie eine sehr günstige Aufnahme fanden. Vor zwei Jahren waren sie in Süddeutschland. Sie spielten im Stadttheater in Freiburg im Breisgau und in Nürnberg, wo sie ihre Vorstellung wiederholen mußten.

Der Zweck dieser Reisen ist, die Jugend der verschiedenen Länder kennen und verstehen zu lernen. Die Ausgaben werden möglichst niedrig gehalten. Zum größeren Teil sollen sie durch die Einnahmen aus ihren Vorstellungen gedeckt werden. Etwaiger Ueberschuß soll einem Posener Studenten die Reise nach England oder den Kauf englischer Bücher für hiesige Anstalten zu ermöglichen.

Die Reise durch Polen wird durch das Ministerium des Aeußeren in Warschau unterstützt. Der „Julius Caesar" soll in Gdingen, Posen und Warschau dargestellt werden. Von Polen geht die Reise in die Tschechoslowakei. Der Empfang der Gäste in Posen wird von der Englisch-Polnischen Gesellschaft vorbereitet.

Rätselhafter Mord

gr. **Kempen**, 6. April. Im Walde des Gutes Ruda bei Wieluń wurde die Leiche einer ungefähr 25jährigen Frau aufgefunden. Da die Leiche Verletzungen an den Fingern aufzuweisen hat, auch die Vorderzähne ausgeschlagen waren, kann nur auf einen Mord geschlossen werden. Von den Tätern fehlt bis jetzt noch jede Spur. Die Identität der Leiche konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Posener Tageblatt

Aus aller Welt

Nr. 80

Freitag, den 8. April 1932

Weltpolitischer Beobachter

Litauische Wahlvorbereitungen — Was wird aus der Mandschureirepublik?

E. Jh. Unsere Voraussagen über die Politik, die Litauen gegenüber Memel nach der Auflösung des Memeler Landtags einschlagen wird, sind leider bisher in Erfüllung gegangen. Besondere Gesetze machen die Einbürgerung von Großlitauern in Memel möglich und verleihen diesen neuen Bürgern des Memelgebiets auch sofort das Wahlrecht. Welche Ausmaße diese Einbürgerung annimmt, geht aus der einen Tatsache schon hervor, daß nach Meldungen aus Memel das Direktorium von der Kownoer Zentrale unlängst 1500 Blankopässe angefordert hat, da die alten Bestände an Pässen aufgebraucht sind. In ganz Litauen wird für die Einwanderung von Nationallitauern in das Memelgebiet die Werbetrommel geschlagen. Besonders den Arbeitern versucht man das Memelgebiet schmackhaft zu machen, weil ihnen dort soziale Beihilfen zuteil würden, die es in Großlitauen nicht gibt. Diese Maßnahme Simmats stellt einen neuen glatten Bruch des Memelstatuts dar, wird doch in Artikel 8, Absatz 2 genau dargestellt, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets erworben werden kann. Es heißt darin, daß dieselben Bedingungen und Voraussetzungen erfüllt sein müssen, die in Litauen für die Ausübung aller staatsbürgerlichen Rechte erforderlich sind. In Litauen aber muß man mindestens ein Jahr lang der Gemeinde angehört haben, ehe man wählen darf. Weiter ist für die Art der Vorbereitung der Landtagswahlen die Zusammensetzung der vom Präsidenten des Direktoriums ernannten Wahlkreiskommission bezeichnend. Die Mehrheit der Mitglieder der Kommission besteht nämlich aus Großlitauern. Nicht vergessen sei schließlich die unerhörte Knebelung der deutschen Presse in Memel durch die Einführung der verschärften Pressezensur, die den Druckereien im äußersten Falle mit der Schließung droht. Es ist leider mit Bestimmtheit zu erwarten, daß in den Tagen des Wahlkampfes von den Möglichkeiten einer Mundtotmachung der deutschen Presse seitens des litauischen Direktoriums ausgiebig Gebrauch gemacht wird. Für die unfreundliche und böswillige Haltung der Litauer ist weiter die Ausweisung und Entlassung von einundzwanzig reichsdeutschen Lehrern bezeichnend. Die Maßnahme wurde von den Litauern damit begründet, daß man für 49 Junglehrer Platz schaffen wollte. Tatsächlich bestand bis zum 1. April im Memelgebiet ausgesprochener Lehrermangel. Man hat den Lehrerüberfluß künstlich dadurch hervorgebracht, daß man Schulklassen und Schulen ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder und unter Hintansetzung aller pädagogischen Grundsätze zusammenlegte. Auch diese Maßnahmen stehen im Widerspruch zum Memelstatut, das eine Entlassung der Lehrkräfte nur im Falle einer politischen Agitation gegen den litauischen Staat möglich macht (Art. 31). Einer derartigen politischen Betätigung sind aber die deutschen Lehrer, die übrigens in ihrer Mehrzahl niemals in deutschen Diensten gestanden haben, nicht einmal beschuldigt worden. Es geht eben den Litauern darum, den Einfluß der Deutschen auf jede nur denkbare Weise zu untergraben, um dafür das Memelland zu einem festen Bestandteil des litauischen Staates zu machen. Wobei zu betonen ist, daß der Status quo im Memelgebiet auch vor den letzten litauischen Rechtsbrüchen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages steht, der das Memelland als Mandatsgebiet erklärt.

*

Die durch die japanische Initiative vor Monaten aus der Taufe gehobene Nordmandschurei gerät in immer ernstere Schwierigkeiten. Bevor die Republik gegründet wurde, wiesen wir an dieser Stelle bereits darauf hin, daß eine mandschurische Republik die Interessen Rußlands gefährden würde. Die im Hoheitsbereich der Sowjetunion lebenden mandschurischen Volksstämme würden in eine Irredentapolitik gegen Rußland getrieben werden, außerdem würden die russischen Interessen an der ostchinesischen Eisenbahn gefährdet werden.

Die Chinesen, die die Republik bewohnen, haben ihrerseits den Kampf gegen diesen Staat von Japans Gnaden sehr bald aufgenommen. Nach den Meldungen, die nach Europa gelangen, führen chinesische Freischärler in der ganzen Republik einen verzweifelten Kleinkrieg gegen die japanischen Militärformationen. Wenn jetzt die Japaner im großen Umfang militärische Vorbereitungen treffen, beispielsweise die gesamte Hochseeflotte im Kriegshafen Port Arthur einlaufen und von Korea her größere militärische Formationen in die Nordmandschurei einmarschieren lassen und weitere Truppenteile auf dem Wege über das Meer in die Nordmandschurei sind, wird man die japanischen Behauptungen, daß all diese militärischen Aktionen nur für den Kampf gegen die chinesischen Freischaren gedacht sind, nur mit einigem Mißtrauen zur Kenntnis nehmen können. In Wirklichkeit scheinen sich die Beziehungen zu den Russen erheblich zu verschärfen. Offenbar will sich Japan zum Mitverwalter der ostchinesischen Eisenbahn machen. Die Japan ergebene Mandschureiregierung wird natürlich gern bereit sein, den chinesischen Anteil an der ostchinesischen Eisenbahn an Japan abzutreten. Wenn die japanische Politik in der Mandschurei konsequent weitergeführt wird, dürfte der Versuch Japans, die Russen aus der Verwaltung der Eisenbahn herauszudrängen, in nicht allzu weiter Ferne liegen. Damit würden aber die Sowjetstellen, die allen Grund haben, einem Konflikt mit Japan aus dem Wege zu gehen, gezwungen sein, sich zu erklären. Das Prestige der Sowjetregierung dürfte nicht so groß sein, daß sie sich mit einer derartigen Schlappe ohne Gefahr belasten könnte.

Rumänische Schulen mit deutschem Geld

epd. Die verzweifelte Lage, in der sich das Kirchen- und Schulwesen der Siebenbürger Sachsen befindet, hat jetzt auch auf die größeren Gemeinden übergegriffen. Die Katastrophe vollendet sich. Da die europäische Wirtschaftskrisis auf den Agrarländern Südosteuropas nicht minder schwer lastet als auf Deutschland, sind die Bauern außerstande, das Bargeld zu beschaffen, das sie zur Bezahlung der Abgaben für ihre deutschen Kirchen und Schulen nötig hätten. Rücksichtslos werden die Staatssteuern eingetrieben, und mit den Mitteln der deutschen und ungarischen Minderheiten baut der Staat das Schulwesen der Rumänen aus mit der Begründung, daß ein jahrhundertelanges Unrecht an den Rumänen erst gutgemacht werden müsse. Die anderen mögen zusehen, wie sie außerdem ihr eigenes Schulwesen durchbringen. So müssen Tausende deutscher Kinder in Siebenbürgen ohne deutschen Unterricht aufwachsen. Die Hoffnungen, die hinsichtlich des Minderheitenschutzes an die Ernennung des deutschen Abgeordneten Rudolf Brandsch zum Unterstaatssekretär für die Minderheiten geknüpft wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen.

Zu Tode geängstigt

Wie deutsche Stammesgenossen in der Sowjetunion sterben

epd. Der Missionsbund „Licht im Osten" in Wernigerode veröffentlicht in seiner Zeitschrift neue Stimmen deutscher Stammesgenossen in der Sowjetunion, die in Briefen und Karten zu ihm gekommen sind. Einem Brief aus Sibirien entnehmen wir die folgenden Abschnitte:

„Lehrer ..., den wir so gut kannten, hat auf dieser Erde ausgepilgert. Er war auch schon ganz lebenssatt. Und warum? Weil er schon über zwei Jahre von der G. P. U. geängstigt, geplagt und gejagt worden ist. Er wollte jetzt von hier nach dem Kuban fliehen, kam aber nur bis ..., da ist er an einer Lungenkrankheit gestorben. Von Frau und Kindern hatte er Abschied genommen auf Nichtmehrwiedersehen in diesem Leben, denn eine Ahnung sagte ihm, daß es so kommen werde. Das viele Aengsten hat ihn ins Grab gebracht.... Nicht eine Nacht konnte er in den letzten Jahren zu Hause ruhig schlafen."

„Hier ist große Hungersnot. Kleider, die vor kurzem noch teuer waren, sind ums dreifache im Preise gefallen. Auf dem Markt sind jetzt viel Kleider zu haben. Die Menschen geben das Letzte her, und schreien nur nach Brot ... Im Nachbardorfe werden schon die Hunde gegessen, und die Menschen liegen geschwollen vom Hunger... Es sterben sehr viele. Das Elend hier zu beschreiben, würde kein Ende nehmen."

„In diesen Tagen ist ein Brief aus der Verbannung aus dem hohen Norden Sibiriens gekommen. Sie schreiben, sie essen Krähen und alles, was ihnen vor die Augen kommt. Sie bitten sehr um Hilfe. Frau ... ist da in der Verbannung verhungert. Ihr Mann sitzt schon über zwei Jahre im Gefängnis und hat noch keine Nachricht von seiner Familie. Die Männer in den Gefängnissen bekommen keine Briefe von ihren Familien, die längst in der Verbannung sind. Was wird das für ein Schreck für sie sein, wenn sie erst erfahren werden, daß ihre Frauen und Kinder in der Verbannung verhungert sind."

„O großer Gott, wann wirst du dich solcher und auch unser hier erbarmen?"

Unmenschliche Marterung evangelischer Pfarrer in der Sowjetunion

Wir erhalten die folgenden unbedingt zuverlässigen Mitteilungen:

epd. **Das Schicksal der rund 30 verbannten und im Gefängnis sitzenden deutsch-evangelischen Pfarrer in Rußland gehört zu den furchtbarsten Kapiteln der Religionsverfolgung in Sowjetrußland. Vor wenigen Tagen ist einer der Verbannten, Pastor Erbes, aus den wolgadeutschen Siedlungen an Entkräftung und an hinzukommendem Flecktyphus an seinem Verbannungsort gestorben. Ein anderer Pfarrer wurde in der berüchtigten GPU. physischen und moralischen Foltern unterworfen, um ihm ein „Geständnis" zu erpressen und so einen Anlaß zur Verbannung zu erhalten.** Wie einwandfrei feststeht, mußte der Geistliche sieben Tage und Nächte lang in seiner Zelle stehen und ohne Schlaf verbringen. Jedesmal, wenn er vor Ermüdung zusammenbrach, wurde er verprügelt und wieder hingestellt. Diese unmenschliche Tortur endete mit einer Verurteilung des Pastors zu Zwangsarbeit in den sibirischen Wäldern. Zusammen mit den anderen Verbannten muß der Pfarrer jeden Tag die festgesetzte Norm von 39 Bäumen fällen. Während der Arbeit stehen die Fäller bis zur Brust im Schnee. Als Unterkunft dient eine überfüllte, unbeschreiblich schmutzige und kalte Holzbaracke. Die Ernährung wird mit jedem Tag schlechter. Es fehlt bereits sogar an Brot. Die dauernde Unterernährung hat bei dem Pfarrer dazu geführt, daß ihm die Beine bis zum Leib geschwollen sind. — Das Schicksal der anderen verbannten Pfarrer ist eher noch schlimmer. Es ist eine unabweisliche und dringende Pflicht, diese schuldlosen evangelischen Geistlichen und deutschstämmigen Menschen aus der Hölle der Konzentrationslager zu erlösen, bevor sie an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen sind.

Vergessen Hoover und Pershing deutschamerikanische Taten?

D. A. J. Am 19. Oktober fand zu Yorktown in den Vereinigten Staaten eine große Gedenkfeier an dem Tage statt, an dem vor 150 Jahren der britische General Cornwallis sich den amerikanischen Truppen ergab. Der besiegte General übergab seinen Degen dem Baron v. Steuben; die amerikanischen Truppen waren nur durch Steubens Ausbildungsarbeit zu ihrem Sieg befähigt worden. Der General Peter Mühlenberg, Sohn des Gründers der Lutherischen Kirche in Amerika, ein deutscher Geistlicher, der den Talar mit dem Schwerte vertauscht hatte, führte die amerikanischen Soldaten beim Sturm auf Yorktown. — Zu der Feier waren Nachkommen der Familie von Steuben eigens aus Deutschland gekommen. Die beiden amerikanischen Hauptfestredner, General Pershing und Präsident Hoover, sind beide deutscher Abstammung. Sie gehören zu der gleichen kolonialen Deutscheneinwanderung, der auch die Familie Mühlenberg angehört hatte. In der Festrede Hoovers wurde, einem Bericht der „Detroiter Abendpost" zufolge, weder der Name Steubens noch der sonstige Anteil der Deutschen am Siege auch nur mit einem Wort erwähnt, während er mit Komplimenten auf lebendige und tote Franzosen, auf La Fayette, Rochambeau, de Grasse und Marschall Petain nicht gerade sparsam war. Daß General Pershing, der die amerikanischen Truppen im Weltkrieg in Frankreich führte, die Deutschen gleichfalls nicht erwähnte, ist vielleicht etwas verständlicher. Gewiß war der Anteil der Franzosen an jenem Sieg bedeutend und verdiente Erwähnung. Immerhin fochten sie für sich, für das Interesse ihres eigenen Landes, während die Deutschen nur um Amerikas willen kämpften, in dem sie ihre Heimat gefunden hatten. Den Franzosen dankt ihr eigenes Land und danken die Vereinigten Staaten. Soll es für die Deutschen nur Totschweigen geben?

Um so stärkeren Anlaß hat aber angesichts dieser Haltung des offiziellen Amerika das deutsche Gesamtvolk, die Leistungen seiner eigenen Landsleute und Volksgenossen in dieser schwersten Zeit Amerikas richtig herauszustellen und auf ihre gerechte Würdigung auch durch die amerikanische Oeffentlichkeit zu drängen. Das bevorstehende Washingtonjahr wird Gelegenheit genug geben, darauf hinzuweisen, daß ohne die Steuben und Mühlenberg die amerikanische geschichtliche Entwicklung nicht denkbar ist.

Spitzbuben werden immer frecher

Diebstähle am laufenden Band

jh. **Posen,** 7. April. Wenn vor dem Kriege irgendwo eingebrochen und dabei irgendeine Kleinigkeit, meinetwegen ein Treibriemen oder eine Kuh oder ein Schwein gestohlen wurde, sandten die Zeitungen ihre Mitarbeiter an Ort und Stelle, um ja alle Einzelheiten der „Sensationsaffäre" zu erfahren, und um dann eine Woche lang ihren Lesern den Einbruch mit allen seinen Einzelheiten und die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen gefälligst zu servieren. Der Journalist der Nachkriegszeit kann sich angesichts der Fülle des ihm zufließenden Materials mit solchen „Kleinigkeiten", die sich täglich an Dutzenden Stellen wiederholen, gar nicht abgeben. Er kann über simple Einbrüche nur summarisch berichten, obwohl er sich darüber klar ist, daß diese negativen Erscheinungen für unsere „große" Zeit genau so charakteristisch sind wie die vielen schönen und großen Worte, die Schall und Rauch sind, weil ihnen die entsprechenden Taten nicht zu folgen pflegen. Dünkt sich heute nicht jeder, dem die wichtigsten 1000 Worte seiner Muttersprache geläufig sind, zum Reden berufen?

Aber der Zeitungsmann darf es sich nicht verdrießen lassen. Er muß berichten, was geschieht, und mag das Geschehene auch noch so nichtig in seiner tatsächlichen Wirkung oder noch so gleichförmig in seiner täglichen Wiederholung sein.

So sei denn hier angeführt, was uns im Laufe des heutigen Vormittags an Berichten über Einbrüche und Diebsgeschichten auf den Redaktionstisch geflattert kam.

ka. **Schmiegel,** 5. April. Bei einem Einbruch in die Landwirtschaft des Fleischers Początek in Poladowo, Bez. Schmiegel, erbeuteten die Diebe 6 Zentner Roggen. Den energischen Nachforschungen der Polizei gelang es aber, die Diebe in den Personen des ehemaligen Besitzers der Wirtschaft, Wojciechowski, und dessen Sohn festzunehmen. Zur Fortschaffung der Diebesbeute will sich W. vom Nachbarn Pferd und Wagen nur geborgt haben.

y. **Znin,** 6. April. Eine Einbrecherbande, die zur Zeit mit unerhörter Frechheit in unserem Kreise und Umgegend arbeitet, hat in der vergangenen Woche in Redczyce bei dem Kaufmann K. einen dreisten Einbruch verübt. Gestohlen wurden alle Vorräte an Zigaretten und sämtliche Rauchwaren. Außerdem machte die Bande Schmalz, Streichhölzer, Würste, Seifen sowie allerlei Schokoladen, Weine und verschiedene Arten von Kurzwaren zu ihrer Beute. Die freche Bande, welche über sehr genaue Ortskenntnisse verfügt, konnte trotz energischer Bemühungen der Polizei bisher nicht ermittelt werden.

In Nadborowo nutzten die momentane Abwesenheit des Nachtwächters Banditen aus, um aus dem Schweinestall der hiesigen Staatsdomäne drei schwere Mastschweine zu je 3 Zentnern zu stehlen. An Ort und Stelle wurden die Tiere abgeschlachtet und in einem in der Nähe stehenden Strohschober versteckt, wo sie am nächsten Tage von Dominialleuten aufgefunden wurden. Obwohl man die Diebe beim Abholen der Beute zu fassen hoffte, konnte bis heute der freche Diebstahl nicht aufgeklärt werden. — In Slabomierz wurden in der vergangenen Sonntagnacht dem Besitzer W. Grajka vier Bienenhäuser gestohlen. Der die Diebe verfolgende Nachtwächter fand auf dem Felde einen der Bienenstöcke, den Dieben gelang es jedoch, unerkannt zu entkommen.

y. **Wongrowitz,** 6. April. In der vergangenen Woche drangen des Nachts Diebe, nachdem sie eine Scheibe zertrümmert hatten, in die Wohnung des Müllers Kemnitz in Podolin. Den Banditen fiel eine größere Beute im Werte von über 600 Zloty in die Hände. Gestohlen wurden Wäsche, ein Herrenpelz sowie etliche neue Oberbetten. Von der Bande konnte bisher keine Spur ermittelt werden.

X **Wongrowitz** 5. April. Beim Lehrer Guzka in Łęgniszewo verübten Diebe, während der Lehrer noch in den Ferien weilte, einen Einbruch. Gestohlen wurden etliche Anzüge, Wäsche, Schuhe sowie verschiedene kleinere Sachen. — In Panigrodz wurde vor einigen Tagen nachts die Tür der Windmühle des Herrn T. gewaltsam erbrochen und daraus 2½ Zentner Mehl gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

X Samter, 7. April. **Dem hiesigen „Rolnik" statteten Einbrecher einen verhängnisvollen Besuch ab. Mittels Nachschlüssel öffneten sie den Geldschrank und entwendeten 5320 Zloty, ohne irgendeine Spur zu hinterlassen.**

X Birnbaum, 7. April. **In der Nacht vom 5. zum 6. April wurden aus dem unverschlossenen Pferdestall der Witwe Anastasia Nowaczyńska aus Kamienne zwei Pferde nebst Geschirr und einem Wagen im Gesamtwerte von 900 Zloty gestohlen. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur. Die Polizei hat Nachforschungen angestellt.**

Eigenartiger Unglücksfall

gr. **Kempen,** 6. April. Der 9jährige Józef Kossowski, welcher beim Landwirt Wider in Brzeziny, Kreis Wieluń, bei der Arbeit half, fiel beim Strohaufladen so unglücklich herab, daß er in der Scheune an einem vorstehenden Haken hängen blieb, welcher ihm den Leib durchbohrte. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Inowrocław

z. Wiederaufnahme der Viehmärkte in Inowrocław. Einem langen Bedürfnis entsprechend, hat die Städtische Verwaltung sich nun doch endlich entschlossen, die regelmäßigen Viehmärkte, auf denen nicht nur wie bisher Pferde, sondern auch Schweine, Kühe, Kälber, Ziegen, Schafe usw. gehandelt werden können, wieder einzuführen. In lobenswerter Weise hat die Stadt eine größere Summe zur Verfügung gestellt, um den Viehmarkt zweckentsprechend herzurichten. Die Arbeiten, die unter Leitung eines Tiefbauingenieurs ausgeführt werden, werden derart beschleunigt, daß Anfang Mai mit der Wiederaufnahme der Märkte begonnen werden kann.

z. Pferdemarkt in Inowrocław. Der heute hier stattgefundene Pferdemarkt war infolge der Frühjahrsarbeiten nur ganz mäßig beschickt. Demzufolge waren auch die Preise verhältnismäßig hoch. Die Preise für das aufgetriebene Pferdematerial schwankten zwischen 100 und 450 Zloty.

z. Kindesleiche gefunden. An der Grenze zwischen Łakocin und Radojewice fanden die Arbeiter Antoni Adamski und Roman Jędrzejewski am letzten Dienstag nachmittag in den in der Nähe des Kanals stehenden Sträuchern die Leiche eines zirka 5 Monate alten Kindes männlichen Geschlechts. Der Leichnam des Kindes war noch nicht in Verwesung übergegangen und mit einem Kleidchen, weißem Mantel und weißem Mützchen bekleidet. Der Aussetzung verdächtigt wird eine Frau, die kurze Zeit vorher in einer dort befindlichen Gastwirtschaft um Aufnahme bat. Die Leiche des Kindes wurde bis zum Eintreffen der Behörde dem Schulzen in Radojewice übergeben.

Kolmar

X Konkurrenzneid. Am 30. März 1932 berichteten wir über eine Schlägerei vor der Synagoge in Kolmar. Wie uns jetzt von dem Kaufmann Max Gutgold mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um eine Schlägerei, sondern um einen Ueberfall auf Herrn Gutgold von seiten der Firma Lismann. Kurz darauf wurde, wie uns mitgeteilt wird, ein Angestellter der Firma Gutgold ebenfalls von Herrn Lismann sowie von seinem Sohn und Schwager überfallen. Wie uns geschrieben wird, werden die Vorgänge noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Auch die jüdische Gemeinde in Kolmar, in der Herr Lismann zweiter Vorsteher und Vorbeter ist, soll entschlossen sein, zu den Vorgängen Stellung zu nehmen.

Schmiegel

ka. Nach der Auflösung des Kreises Schmiegel ab 1. April fallen sämtliche Angelegenheiten, die bisher das hiesige Starostwo erledigt hat, unter die Kompetenz des Landratsamts in Kosten. In Schmiegel sind folgende Behörden verblieben: das Amtsgericht, das Finanzkontrollamt, die Kreissparkasse, das Kreisschulinspektorat und die Direktion der Schmiegeler Kreisbahn. Im Zusammenhang mit der Liquidierung des Kreises wurde eine Reihe von Beamten an das Landratsamt in Kosten versetzt. In Kosten erfolgten zugleich verschiedene Beamtenentlassungen. Der Kreis Kosten erhält vom liquidierten Kreis Schmiegel 180 000 Zloty in bar. Die Finanzkasse hat bereits 60 000 Zloty nach Kosten abgeliefert.

24. polnische Staatslotterie

5. Klasse — 21. Ziehungstag
(Ohne Gewähr)

10 000 Zloty — Nr. 147 898.
3000 Zloty — Nr. 82 103 93 014.
2000 Zloty — Nr. 1181 4670 5179 5508 807[illegible] 20 727 41 842 44 373 54 730 56 025 72 078 90 094 90 667 91 483 110 965 115 567 117 808 117 893 120 486 146 027 148 857.
1000 Zloty — Nr. 8274 11 422 11 981 13 216 16 373 21 460 30 684 36 015 42 066 45 999 52 444 54 155 59 770 65 387 65 723 90 272 91 760 98 393 99 681 103 649 106 503 107 593 110 486 110 528 118 890 121 579 129 122 129 167 130 325 130 345 136 319 143 282 144 781 147 243 148 002 149 828 151 435 153 981.

Deutschlands Finanz- und Exportsorgen

Brief unseres Berliner W.K.-Korrespondenten

Die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft steht in den nächsten Tagen vor schwerwiegenden handelspolitischen Entscheidungen. Auf dem Devisenmarkt sind die Schwierigkeiten in einer Weise angewachsen, dass dem irgendwie begegnet werden muss. Als Basis für die Devisenzuteilung wird gegenwärtig die Hälfte des für Oktober 1931 angemeldeten Devisenbedarfs zu Grunde gelegt, so dass praktisch die Devisenzuteilung auf etwa 27 Prozent des Oktoberbedarfs 1930 beschränkt ist. Wenn dann nicht nur nach Warengattungen individuell zugeteilt wird, sondern auch die besonderen Verhältnisse der anfordernden Firmen Berücksichtigung finden, so ergeben sich doch mannigfach Härten. Trotzdem aber verschärft sich unsere Devisenlage immer mehr. Es ist verständlich, dass unter diesen Umständen diejenigen Strömungen in der Volkswirtschaft Oberhand gewinnen, die eine vollständige Einfuhrdrosselung erreichen wollen, um wenigstens diese Quelle der Devisenabflüsse zu verstopfen. In den letzten Tagen haben über diese Frage Beratungen im Präsidial- und Vorstandsbeirat des Reichsverbandes der deutschen Industrie stattgefunden. Offenbar ist man im Reichsverband zu der Ansicht gekommen, dass die gegenwärtige Devisenlage Deutschlands einen bestimmten Devisenbestand zur Sicherung der deutschen Ernährung, des notwendigen Rohstoffbezuges und der Verpflichtungen aus dem Kapitaldienst erfordert. Da die jetzige Form der Devisenbewirtschaftung diese Aufgabe jedoch nur mangelhaft zu lösen vermag, muss die Handelspolitik auf das devisenpolitische Ziel der Schonung des Devisenvorrats abgestellt werden. Es wäre daher eine zentrale Regelung der Einfuhr mit gleichzeitiger Festsetzung von autonomen Warenkontingenten anzuregen.

Die Gefahren eines solchen Vorgehens für den deutschen Export sind natürlich nicht zu unterschätzen. In dem Moment, wo wir die deutsche Einfuhr so abdrosseln, dass tatsächlich nur noch die wichtigsten und lebensnotwendigsten Bedarfsartikel über die deutsche Grenze kommen, müssen wir mit Gegenmassregeln des Auslandes rechnen und uns damit abfinden, dass auch der deutsche Export auf hermetisch verschlossene Türen stossen wird. Die Entscheidung darüber, ob wir in Zukunft eine Politik der Ausfuhr oder der nationalen Binnenwirtschaft führen wollen, ist daher sicherlich nicht leicht und bedarf der ernsten Prüfung und Ueberlegung. Fallen muss diese Entscheidung jedoch schon in der nächsten Zeit, denn die devisenwirtschaftliche Lage macht ein weiteres Hinzögern unmöglich.

Mit Beschleunigung wird auch über die Frage der Zinszahlungen nach dem Auslande entschieden werden müssen. In diesen Tagen ist namentlich in der Auslandspresse mehrfach das Gerücht über ein bevorstehendes Moratorium für deutsche Auslandsanleihen aufgetaucht. Trotz aller Dementis wird man sich darüber klar sein müssen, dass die Möglichkeit eines solchen Auslandsmoratoriums immerhin besteht. Die Zeit, wo die Transferierung uns auch die letzte dünne Devisendecke wegziehen wird, scheint nicht mehr allzu fern zu sein. Entweder gelingt es, mit unseren Grossgläubigern zu einer Einigung zu kommen, oder aber wir müssen uns zum mindesten zu einem Teilmoratorium entschliessen. Die offizielle deutsche Politik zielt bekanntlich darauf hin, die kritische Dreimonatsperiode bis zur Reparationskonferenz durchzuhalten. Ob die Reparationskonferenz selbst uns aber eine Besserung bringen wird, scheint fraglich zu sein. Gegenwärtig kann man eine günstige Prognose jedenfalls nicht stellen. Tardieu beherrscht offenbar die Situation, und seine Absicht ist es, auf der Lausanner Konferenz höchstens ein neues Moratorium für die Reparationsschulden zu bewilligen. Ein solcher Vorschlag aber würde für Deutschland keine Besserung, sondern eine Verschlechterung der bisherigen Situation bringen, da eine Verlängerung der bisherigen Abmachungen die zukünftigen deutschen Verpflichtungen nur noch erhöht. Man wird sich an Regierungsstelle zu einem Teilmoratorium für die privaten Schuldenzahlungen allerdings nur im äussersten Notfalle verstehen können. Ausländische Gegenmassnahmen sind zweifellos unausbleiblich, sie würden voraussichtlich in einer Beschlagnahme deutscher Werte, namentlich der Reichsbank, an Gold und Devisen im Auslande bestehen.

Inzwischen muss die Regierung aber auch daran denken, die sich ihrem Höhepunkt nähernde Katastrophe des Zusammenbruchs des innerdeutschen Wirtschaftslebens abzuwenden. Das Ostergeschäft ist für Industrie, Gross- und Einzelhandel nur sehr mässig ausgefallen. Eine ganze Reihe von Geschäften hat zum 1. April die Pforten neuerdings schliessen müssen. Die Arbeitslosigkeit hält unvermindert an und es scheint sogar, dass, nachdem ein vorübergehendes Aufflackern infolge der Osterbelebung festzustellen war, jetzt eine neue Verschlechterung des Geschäftsganges eintreten wird. Man sollte sein Interesse daher auf die Rettung des Binnenmarktes konzentrieren. Jetzt ist für Deutschland der Moment gekommen, wo uns das Hemd näher ist als der Rock und wo wir zunächst einmal die notwendigsten Massnahmen für die Erhaltung des eigenen Lebens ergreifen müssen, ohne auf unsere Auslandsgläubiger allzu grosse Rücksicht zu nehmen. Irgendwie muss eine Ankurbelung der Wirtschaft doch möglich sein, und sei es auf dem Wege inländischer Zwangsanleihen und der Vergebung grosser Staatsaufträge.

Polens Bemühungen um England

Die Regierung ist sehr besorgt angesichts der Gefahr, dass England die Speck- und Schinkeneinfuhr kontingentiert und dies dazu noch auf der Grundlage eines in Lodon bereits vorliegenden Projektes, den Speck und Schinken nach England liefernden Ländern Einfuhrkontingente nach Massgabe ihrer durchschnittlichen Lieferungen in den letzten fünf Jahren zu gewähren. Der polnische Export von Speck und Schinken nach England, der im Vorjahre mit einem Werte von 125.0 Mill. zł 40 Prozent des polnischen Englandund fast 7 Prozent des polnischen Gesamtexports ausmachte, ist erst vor zwei Jahren zu nennenswerter Bedeutung gelangt und würde bei einer derartigen Kontingentierung ausserordentlich eingeschränkt werden müssen. Die unvermeidliche Folge wäre die

Stillegung des grösseren Teils der in den letzten 3 Jahren in Polen neuentstandenen 36 grossen Fleischwarenfabriken.

Vorstellungen, die von polnischer Seite in London erhoben wurden, scheinen mit dem Hinweis beantwortet worden zu sein, dass der gegenwärtige polnisch-britische Handelsverkehr für England untragbar passiv ist. Polen hat im Vorjahre für 318,3 Mill. zł Waren (darunter für 188,1 Mill. zł Lebensmittel und für 71,1 Mill. zł Holz) nach England ausgeführt und nur für 104.4 Mill. zł Waren aus England bezogen. Turski, der Leiter des Staatl. Poln. Exportinstituts, hat jedenfalls von seiner letzten Englandreise die Ueberzeugung heimgebracht, dass der polnische Export nach England sich nur dann auf seinem bisherigen Umfange erhalten lassen können wird, wenn sich Polen zu einem besseren Abnehmer britischer Waren entwickelt. Da die Regierung nun bekanntlich alles andere als geneigt ist, auf eine Vergrösserung der polnischen Gesamteinfuhr hinzuwirken, sind das Staatl. Exportinstitut und im Einvernehmen mit ihm das Handelsministerium auf den Ausweg verfallen, systematisch den Bezug aus England von solchen Waren zu propagieren, welche die polnische Wirtschaft bisher aus Deutschland bezogen hat. In diesem Sinne ist in den letzten Wochen eine gewisse Pressepropaganda entfaltet und sind die polnischen Industrie- und Handelskammern veranlasst worden, auf die ihnen angeschlossenen Unternehmen einzuwirken. Auf einer dieser Tage in diesem Geiste stattgehabten Sitzung des Aussenhandelsausschusses der Warschauer Industrie- und Handelskammer ist insbesondere empfohlen worden, den Import von Machinen und Apparaten, Metallerzeugnissen und Kolonialwaren aus England zu steigern auf Kosten des Imports aus „solchen Ländern, mit denen Polen keinen Handelsvertrag hat", womit natürlich wieder Deutschland gemeint ist. Die Kammer beschloss zu diesem Zwecke die Inangriffnahme von

Vorarbeiten zur Gründung einer polnisch-britischen Handelskammer

in Warschau und einer entsprechenden britisch-polnischen Handelskammer in London.

Von dem britischen Import nach Polen in Höhe von 104,4 Mill. zł im Vorjahre entfielen auf Lebensmittel und Viehzuchtprodukte 34,0 Mill. zł, somit rund der dritte Teil, und davon wieder beinahe 23.0 Mill. zł auf schottische Salzheringe. Diese Einfuhr trifft auf dem polnischen Markte auf keinerlei Konkurrenz von seiten Deutschlands. Dasselbe gilt für weitaus den grössten Teil der britischen Textileinfuhr nach Polen, die mit 25.0 Mill. zł im Vorjahre ein weiteres Viertel der polnischen Einfuhr aus England ausmachte. In den übrigen Warengruppen der britischen Einfuhr nach Polen stehen sich britische und deutsche Lieferungen wie folgt gegenüber:

Polens Einfuhr in 1931 aus (Mill. zł):

	Deutschland	England
Metalle und Metallwaren	32,3	15,3
Maschinen und Apparate	49,4	7,0
Kautschuk und Gummiwaren	2,2	5,5
Produkte der organ. Chemie	41,4	4,3
Elektroartikel	22,6	3,5
Verkehrsmittel	7,1	3,4

Diese Ziffern geben natürlich nur ein sehr rohes Bild der Lage; in der Mehrzahl der Einzelwaren konkurieren auch hier meist britische mit deutschen Erzeugnissen. Bemerkenswert bleibt die Kurzsichtigkeit des Staatl. Exportinstituts, das glaubt, den polnischen Export durch

Begünstigung der britischen auf Kosten der deutschen Importware

fördern zu können, da selbstverständlich jede Einschränkung des polnischen Imports aus Deutschland nahezu automatisch auch eine Einschränkung des polnischen Exports nach Deutschland nach sich ziehen muss. Und Deutschland ist nach wie vor der beste Kunde Polens.

Skandal um Ivar Kreuger

Während man unmittelbar nach seinem Selbstmord den „Streichholzkönig" Ivar Kreuger zunächst für das Opfer eines Nervenzusammenbruches oder der Weltwirtschaftskrise hielt, hat jetzt durch die Ergebnisse der Buchprüfungen des Konzerns die Angelegenheit ein anderes Gesicht bekommen. Die mit der Untersuchung beauftragten Prüfer der englischen Revisionsfirma Price Waterhouse and Co. haben festgestellt, dass bereits in der Bilanz für das Geschäftsjahr 1930 umfangreiche Verschleierungen, ja sogar Fälschungen vorgenommen waren. Sie bestehen einerseits in der Weglassung von Posten, die Belastungen zu Gunsten von anderen Unternehmen darstellen, andererseits in der zu hohen Bewertung verschiedener Aktivposten, und sollen auf persönliche Anordnung Kreugers, der alle Fäden seines Konzerns in der Hand hielt, vorgenommen worden sein. Die Weltbörsen haben diese Veröffentlichung, die naturgemäss überall starke Erregung hervorgerufen hat, mit einer neuen Baisse der Kreuger-Werte beantwortet, und man nimmt an, dass nunmehr der Konkurs von Kreuger & Toll sowie der Svenska Tändsticks A.G. unvermeidlich ist.

Holzausfuhr nach Frankreich

D.P.W. Polen hatte das ihm von Frankreich eingeräumte Holzeinfuhrkontingent bereits Mitte März voll in Anspruch genommen. Aus diesem Grunde wurden die weiteren polnischen Holztransporte nach Frankreich aufgehalten.

Wie wir erfahren, ist inzwischen das französische Holzkontingent für Polen für das 2. Vierteljahr 1932 festgesetzt worden. Zum allgemeinen Befremden der polnischen Holzfachkreise beträgt das Kontingent nur 13 355 t, ist also bedeutend geringer als im ersten Quartal 1932, in welchem es noch 22 217 t betrug. Dieses Kontingent erstreckt sich jedoch nicht auf Eisenbahnschwellen und Halbfabrikate, es bezieht sich vielmehr auf die Zolltarifnummern 128 bis 133 des französischen Zolltarifs. Nach wie vor bedarf die Einfuhr von polnischem Holz nach Frankreich einer Genehmigung des französischen Finanzministeriums, welches vorher ein Gutachten der interministeriellen Kommission einholt. Das ist eine weitere Beschränkung der freien Exportmöglichkeiten Polens nach Frankreich, da die Handlungsfreiheit der französischen Importeure durch die Einschaltung des französischen Finanzministeriums bzw. der interministeriellen Kommission eingeengt wird.

In Polen ist man über die Erfolglosigkeit der Bemühungen der polnischen Diplomatie und über die intransigeante Haltung Frankreichs auf wirtschaftlichem Gebiete Polen gegenüber sehr verstimmt.

Firmennachrichten

Gerichtsaufsichten

(Termine finden in den Burggerichten statt.)

Pless. Fa. M. P. Gawlik, Inh. Wawrzyn Gawlik in Bierun Stare. Zahlungsaufschub auf 3 Monate erteilt. Vermögensverwalter Rudolf Piprek, Bürgermeister. Prüfungstermin 15. 4. 1932, 10 Uhr.

Pudewitz. Fa. Gustav Hirschfeld, Skład Maszyn Rolniczych. Zahlungsaufschub erteilt. Vermögensverwalter Franciszek Liberowski und Stanislaw Staszewski, beide aus Pudewitz.

Rawitsch. Fa. Wiktor Klimaszek (früher E. Liebehentschel). Zahlungsaufschub auf 3 Monate, ger. vom 28. 3. 1932, verlängert.

Strasburg. Verhütungsverfahren Fa. Maksymiljan Kaźmierczak aufgelöst.

Generalversammlungen

11. 4. Wielkop. Tow. Budowl. „Rika" in Bromberg, ul. Marcinkowskiego 7. Ordentl. G.-V., 17 Uhr, in den Räumen der Firma.

12. 4. Zachodniopolska Hurtownia Rur in Posen, ul. Św. Marcin 21. Ordentl. G.-V., 18 Uhr, in den Räumen der Firma.

18. 4. Towarzystwo Przemysłowo-Leśne „Lasy Polskie" S.A., Bydgoszcz-Kapuścisko Dolne, in Bromberg, ul. Przemysłowa 22. Ordentl. G.-V., 11 Uhr, im Lokal der Firma.

16. 4. „Arwogaz", Fabryka Gazomierzy, Wodomierzy i Armatur in Posen. Ordentl. G.-V., 12 Uhr, in der Kanzlei des Notars St. Czerwiński, ul. Plac Wolności 14a.

20. 4. Fa. „Fema" S.A., Fabryka Wyrobów Metalowych in Bromberg, ul. Dr. Emila Warmińskiego. Ordentl. G.-V., 19 Uhr, im Büro der Firma.

23. 4. Zachodnio-Polskie Towarzystwo Kredytowe Mieiskie in Posen. Ordentl. G.-V., 11 Uhr, im Lokal der Komunalny Bank Kredytowe, ul. 27 Grudnia Nr. 8.

28. 4. „Vistula". Powszechne Towarzystwo Ubezpieczeń S.A., in Dirschau. Ordentl. G.-V., 10.30 Uhr, in den Räumen der Firma.

26. 4. „Kabel Polski S.A., in Bromberg. Ordentl. G.-V. im Büro der Fa. „Siła i Światło" in Warschau, ul. Marszałkowska 94.

26. 4. Fa. „Agrad" Sp. Akc., in Grätz. Ordentl. G.-V., 16 Uhr, im Lokal des Herrn Jarosz.

27. 4. Drukarnia Bydgoska S.A., in Bromberg, ul. Poznańska 12/14. Ordentl. G.-V., 3,30 Uhr, im Lokal der Druckerei.

30. 4. „Unja", Zjednoczone Fabryki Maszyn, früher A. Ventzki i Peters, Sp. Akc., in Graudenz. Ordtl. G.-V., 11 Uhr, im Lokal der Firma.

Märkte

Getreidepreise im In- und Auslande. Durchschnittliche Wochenpreise der vier Hauptgetreidearten in der Zeit vom 28. 3. bis 3. 4. nach Berechnung des Getreide-Warenbüros, für 100 kg in Złoty.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	28.00	26.31	24.25	24.72
Danzig	26.73	26.34	25.95	22.62
Krakau	30.25	26.87½	27.50	25.75
Lublin	28.17	24.42	24.00	23.37½
Posen	25.77	25.35	24.25	21.87½
Lemberg	27.75	24.94	24.25	26.87½
Auslandsmärkte:				
Berlin	52.02	42.27	39.44	34.35
Hamburg	24.30	21.24	21.75	16.48
Prag	40.13	37.88	29.10	28.50
Brünn	39.54	39.34	28.38	29.70
Wien	43.75	42.58	45.46	36.35
Liverpool	19.00	—	—	25.60
Chicago	17.80	16.46	20.82	15.30
Buenos Aires	24.36	—	—	20.49

Getreide. Warschau, 6. April. Amtlicher Bericht der Getreidebörse für 100 kg in Złoty, im Grosshandel, Parität Waggon Warschau: Roggen 26.50 bis 27, Gutsweizen 29—29.50, Sammelweizen 28.50 bis 29, Einheitshafer 25.50—27, Sammelhafer 24.50 bis 25.50, Gerstengrütze 24—24.50, Braugerste 24.50 bis 25.50, Feldspeiseerbsen 29—32, Viktoriaerbsen 28 bis 34, Winterraps 37—39, Rotklee 175—200, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 240—280, Weissklee 275—375, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 400—550, Weizenluxusmehl 47—52, Weizenmehl 4/0 42—47, gebeuteltes Roggenmehl 43—44, gesiebtes und Roggenschrotmehl 32—33, mittlere Weizenkleie 16.50—17, Roggenkleie 16.50—17, Leinkuchen 24—25, Rapskuchen 18—18.50, Sonnenblumenkuchen 18—18.50, Seradella, zweimal gereinigt 35—37, Blaulupinen 15—16, gelbe 20.50 bis 22.50, Peluschken 28—30, Wicke 27—29, Leinsamen 99proz. 38.50—40. Tendenz: behauptet.

Danzig, 6. April. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 128 Pfd., rot, bunt 16—16.25, Roggen, zum Konsum 16.25, Gerste, feine 15—15.75, Gerste, mittel 14.50—15, Futtergerste 14.25—14.50, Roggenkleie 10.50, Weizenkleie 10.50. Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Weizen 7, Roggen 8, Hafer 1, Hülsenfrüchte 4.

Produktenbericht. Berlin, 6. April. Ruhig, aber ziemlich stetig. Aeusserst ruhiges Geschäft bleibt weiterhin das Kennzeichen des hiesigen Produktenmarktes. Die in Aussicht genommene Hühnerweizenaktion wurde hier lebhaft erörtert, und man wartet nunmehr auf eine baldige Regelung der Mahlweizeneinfuhr. Am Promptmarkt tritt das Angebot vereinzelt mehr in Erscheinung, obwohl für Weizen seitens der rheinischen Mühlen einige Nachfrage besteht. Gestrige Preise waren nicht immer durchzuholen, der Lieferungsmarkt eröffnete bis 1 Mark schwächer. Deutscher Roggen ist zur Kahnverladung weiter offeriert und hier schwer unterzubringen. Auch für Waggonware lauteten die Gebote eher 1 Mark niedriger, während die Roggenlieferungspreise unverändert blieben. Weizen- und Roggenmehle liegen bei unveränderten Forderungen ruhig. Am Hafer- und Gerstenmarkt kommt zu erhöhten Forderungen nur mässiges Offertenmaterial heraus, und der Konsum muss bei der Deckung seines Bedarfs höhere Preise anlegen. Weizen- und Roggenexportscheine wurden wieder höher bewertet.

Getreide. Posen, 7. April. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Richtpreise:

Weizen	26.50—26.75
Roggen	25.75—26.00
Gerste 64—66 kg	21.00—22.00
Gerste 68 kg	22.00—23.00
Braugerste	24.25—25.25
Hafer	20.75—21.25
Saathafer	22.50—23.00
Roggenmehl (65%)	39.00—40.00
Weizenmehl (65%)	40.00—42.00
Weizenkleie	15.00—16.00
Weizenkleie (grob)	16.00—17.00
Roggenkleie	16.25—16.75
Raps	32.00—33.00
Sommerwicke	22.50—24.50
Peluschken	26.00—28.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.00
Folgererbsen	32.00—36.00
Seradella	32.00—34.00
Blaulupinen	11.50—12.50
Gelblupinen	16.00—17.00
Klee, rot	160.00—210.00
Klee, weiß	320.00—460.00
Klee, schwedisch	130.00—150.00
Klee, gelb, ohne Schalen	150.00—170.00
Wundklee	260.00—300.00
Timothyklee	40.00—55.00
Raygras (engl.)	45.00—50.00
Senf	30.00—35.00

Gesamttendenz: ruhig.

Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 120 to., Weizen 30 to.

Berlin, 6. April. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen 258—260, Roggen 199—201, Braugerste 184 bis 192, Futter- und Industriegerste 171—183, Hafer 162—167, Weizenmehl 31.50—35, Roggenmehl 26.50 bis 27.90, Weizenkleie 11.20—11.40, Roggenkleie 10.40 bis 10.70, Viktoriaerbsen 18—25, kleine Speiseerbsen 21 bis 24, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16.50—18.50, Ackerbohnen 15—17, Wicken 16—19.50, blaue Lupinen 10.75 bis 12, gelbe Lupinen 14.50—16.50, neue Seradella 31—36.50, Leinkuchen 11.80, Trockenschnitzel 9.50, Soyaschrot ab Hamburg 12.40, ab Stettin 12.80, Kartoffelflocken 17—17.30.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, 6. April. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71,5 kg Hektoliter-Gewicht: Mai 270.50 und Geld; Juli 275.50—275.75 Geld; September 230 und Geld. Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht: Mai 198.50—198.75; Juli 201; September 189—189.50. Hafer: Mai 175.50—177; Juli 182—182.50.

Vieh und Fleisch. Warschau, 5. April. Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loko Warschau, in Złoty, an der Fleischbörse: fleischige Kälber 65—70, Speckschweine von 150 kg aufwärts 110 bis 120, 130—150 kg 100—110, Fleischschweine im Gewicht von 110 kg 90—100. In der Grosshandelshalle wurden pro kg gezahlt: Rindfleisch, in Warschau geschlachtet, 1. Sorte 1.15—1.20, Zufuhren 0.90—1.00, 2. Sorte Warschauer Schlachtung 1.10—1.15, Zufuhr 0.75—0.85, koschernes 1. Sorte 1.50—1.60, Zufuhr 1.10 bis 1.20, 2. Sorte 1.35—1.45, Zufuhr 0.90—1.00, 3. Sorte 1.20—1.30, prima Kalbfleisch, Hinterstück, 1. Sorte 1.30—1.40, Zufuhr 1.00—1.10, koschernes 1. Sorte 1.50—1.70. Auftrieb: Rindvieh 955, Kälber 102, Schweine 1122 Stück.

Danzig, 5. April. (Preise für 50 kg Lebendgewicht in Danziger Gulden.) Ochsen: vollfleisch., ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, jüngere 21—22, sonstige vollfleischige, 1. jüngere 18—19. Bullen: jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts 20—21, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 18 bis 19, fleischige 15—16. Kühe: jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts 19—20, sonstige, vollfleischige oder ausgemästete 17—18, fleischige 13—15, gering genährte bis 10. Färsen (Kalbinnen): vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 21—22, vollfleischige 19—20, fleischige 16—17. Fresser: mässig genährtes Jungvieh 10—12. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 35—40, mittlere Mast- und Saugkälber 25—30, geringe Kälber 10—12. Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 1. Weidemast, 2. Stallmast 21—23. Schweine: Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht 30—31, vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew. 28—29, vollfleisch. Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgew. 26—27, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 24—25, Sauen 23—25, Bacon-Schweine je Zentner 27. Auftrieb: 31 Ochsen, 67 Bullen, 59 Kühe, zusammen 157 Rinder, 193 Kälber, 136 Schafe, 1714 Schweine. Marktverlauf: Rinder geräumt, Kälber geräumt, Schafe langsam, Schweine geräumt.

Posener Börse

Posen, 7. April. Es notierten: 5proz. Konvert.-Anl. 38.75 G (38.75), 8proz. Dollarbr. d. Pos. Landsch. 67 + (67), 4proz. Konv.-Pfandbr. d. Pos. Landsch. 28 B (28.50), 6proz. Roggenbr. d. Pos. Landsch. 13 bis 12.90 G, Invest.-Anl. 90 + (88.50—90). Tendenz: etwas belebt.

G = Nachfr., B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 6. April. Scheck London 19.34, Dollarnoten 5.10½, Auszahlung Berlin 121.00, Złotynoten 57.33½.

Am heutigen Devisenmarkt wurde Scheck London mit 19.32—36 notiert; Auszahlung London wurde mit 19.33—37 festgesetzt. Im Freiverkehr lagen Reichsmarknoten heute bei 119½—121½, Auszahlung Berlin war unverändert mit 120—122. Złotynoten wurden mit 57.28—39 notiert, Dollarnoten waren mit 5.10 bis 5.11, also etwas schwächer, zu hören.

Warschauer Börse

Warschau, 6. April. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.905, Goldrubel 489, Tscherwonetz 0.30 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.75, Berlin 211.80, Bukarest 5.36, Kopenhagen 186.00, Oslo 177.50, Prag 26.42, Sofia 6.46, Stockholm 183.00, Montreal 8.10.

Effekten.

Es notierten: 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (S. III) 49.50 (49.75), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 90.25 (89.75), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe (Serie) 97 (—), 6proz. Dollar-Anleihe 60.25 (61), 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 57.25 (58.50).

Bank Polski 84.75 (85), Lilpop 15.25 (15.50). Tendenz: schwächer.

Amtliche Devisenkurse

	6. 4. Geld	6. 4. Brief	5. 4. Geld	5. 4. Brief
Amsterdam	360.10	361.90	360.00	361.80
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	124.54	125.16	124.49	125.11
London	33.59	33.91	33.57	33.89
New York (Scheck)	8.889	8.929	8.894	8.934
Paris	35.08	35.26	35.05	35.23
Prag	—	—	—	—
Rom	45.92	46.38	45.92	46.38
Danzig	173.92	174.78	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Zürich	172.77	173.63	172.87	173.73

Tendenz: schwächer.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 7. April. Tendenz: schwächer. Obwohl das Geschäft sich wieder nur auf wenige Märkte beschränkte, zeigte die heutige Börse ein etwas lebhafteres Aussehen als ihre Vorgängerinnen. Die Tendenz war einheitlich schwächer, da vom Auslande her einiges Angebot herauskam, das nur zu gedrückten Kursen Aufnahme fand. Besonders schwach lagen die schon gestern abend rückgängigen Kunstseidenwerte, die insgesamt ca. 5 Prozent gegen gestern mittag verloren, aber auch Reichsbankanteile, Siemens und Farben waren heute beachtlich niedriger. Eine weitere Ermässigung des Privatdiskontsatzes um ⅛ auf 5⅜ Prozent in der Mitte blieb ohne Einfluss auf die Tendenz. Auch am Pfandbriefmarkt schien eher Angebot vorzuherrschen, doch war die Tendenz vorläufig noch unentwickelt. Im Verlaufe neigte die Tendenz eher weiter zur Schwäche.

Amtliche Devisenkurse

	6. 4. Geld	6. 4. Brief	5. 4. Geld	5. 4. Brief
Bukarest	2.522	2.528	2.517	2.523
London	15.87	15.91	15.85	15.89
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	170.43	170.77	170.28	170.62
Brüssel	58.84	58.96	58.84	58.96
Budapest	56.94	57.06	56.94	57.06
Danzig	82.42	82.58	82.47	82.63
Helsingfors	7.283	7.297	7.293	7.307
Italien	21.72	21.76	21.72	21.76
Jugoslawien	7.413	7.427	7.413	7.427
Kaunas (Kowno)	41.98	42.06	41.98	42.06
Kopenhagen	87.11	87.29	87.11	87.29
Lissabon	14.39	14.41	14.39	14.41
Oslo	83.12	83.28	83.12	83.28
Paris	16.60	16.64	16.57	16.61
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	81.74	81.90	81.67	81.83
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	31.92	31.98	31.92	31.98
Stockholm	85.11	85.29	85.31	85.49
Wien	49.95	50.05	49.95	50.05
Tallin	109.39	109.61	109.39	109.61
Riga	79.72	79.88	79.72	[illegible]

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

In der Nacht zum 5. April entschlief sanft unser lieber Vater und Schwiegervater, unser guter Großvater, der frühere

Gutsbesitzer

Otto Schendel

im 81. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen
Gertrud Mewes, geb. Schendel
Meta Jeske, geb. Schendel
Waldemar Schendel, Kerkow
Reinhold Jeske, Major a. D.
Lisa Schendel, geb. Adolphi
8 Enkel.

Kerkow, den 5. April 1932.

Trauerfeier am Donnerstag, dem 7. April, um 4 Uhr in der Kerkower Kirche.

Beerdigung in Radom nach erfolgter Ueberführung am Sonnabend, dem 9. April, nachmittags 4 Uhr.

Aenderung der Geschäftszeit.

Vom 11. April d. Js. sind unsere Geschäftsräume von 7½ bis 2½ Uhr, am Sonnabend von 7½ bis 2 Uhr geöffnet. Die Kasse ist geöffnet von 8 bis 1½ Uhr, am Sonnabend von 8 bis 1 Uhr. Die Textilabteilung der Landw. Zentralgenossenschaft arbeitet in der bisherigen Weise.

Sprechstunden der Vorstandsmitglieder von 10 bis 1 Uhr.

Landesgenossenschaftsbank
Bank Spółdzielczy z ogr. odp. Poznań
Landwirtschaftl. Zentralgenossenschaft
Spółdz. z ogr. odp.
Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft
Tow. z ogr. odp.
Verband deutscher Genossenschaften in Polen zap. stow. in Poznań.
Verband landw. Genossenschaften in Westpolen T. z. in Poznań.
Landw. Zentralwochenblatt für Polen
Credit Sp. z ogr. odp. Poznań
Molkerei-Zentrale — Centrala Mleczarska
Sp. z odp. udz. Poznań.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen

Vom 9. bis 16. April

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. Sonntag, 7½ Uhr: Beichtgelegenheit; 9 Uhr Predigt und Amt (Armen-Sammlung); 3 Uhr: Vesper, hl. Segen und Andacht des leb. Rosenkranzes, 4½ Marienverein. Montag, 5 Uhr: Unterstützungsverein; 7 Uhr: Gesellenverein. Dienstag, 7 Uhr: Lydia. — Beichtgelegenheit ist jeden Abend um 7 Uhr; vormittags nur Mittwoch und Sonnabend.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen

Synagoge A (Wolnica). Freitag, abends 6¾. Sonnabend, morgens 7½, vorm. 10, nachm. 6½. Sabbath-Ausgang 7.24 Min. Werktägl. morgens 7¼, abends 6¾ Uhr.

Synagoge B (Dominikańska). Sonnabend, nachm. 3½ Uhr: Jugendandacht.

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett)	20	Groschen
jedes weitere Wort	12	„
Stellengesuche pro Wort	10	„
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50	„

Eine Anzeige höchstens 50 Worte. Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags. Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

